Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Ortc. Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 139. Mittwoch, den 17. Juni 1908. 19. Jahrgang.

Kulturaufgabe oder Millionengeschäft?

Aus Oberschlesien erhalten wir folgende beachtenswerten und interessanten Mitteilungen:

Am Freitag trat in Breslau eine Konferenz zusammen, um unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten von Schlesien über die Wasserversorgung Oberschlesiens zu beraten. Teilnehmer an der Konferenz waren Kommissare aus dem preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, sowie Landräte, Bürgermeister und Gemeindevorsteher aus Oberschlesien.

Man nimmt in den beteiligten Kreisen die Sache jetzt [illegible] sehr ernst und tut gewiß gut daran. Eine weitere Verzögerung könnte furchtbares Unheil über den oberschlesischen Industriebezirk mit seiner Million Bewohner bringen. Ganz abgesehen davon, daß selbst, wenn eine Verringerung der Wassermengen auf längere Zeit hinaus noch nicht zu befürchten wäre, die schnelle Weiterentwicklung des Industriebezirks und die Besserung seiner sanitären Verhältnisse ganz unbedingt eine andere Regelung der Wasserversorgung dringend nötig machen würden. Die Einführung der Schwemmkanalisation an Stelle der jetzigen unerhörten, zum Himmel stinkenden Fortführung der Abfallstoffe und Fäkalien durch das völlig verschlammte Flüßchen Rawa macht allein eine erhebliche Vermehrung der verfügbaren Wassermenge nötig.

Wie aber wird diese Aufgabe erfüllt werden können? Eine Erbohrung neuer Quellen in den jetzigen Wassergebieten Sawada, Alt-Reyten und Rosaliengrube wird nach dem Urteil Sachverständiger keine irgend sichere Hilfe bringen. Der Bergbau gefährdet selbst bei Anwendung aller möglichen Schutzmaßnahmen die Wassergewinnung, soweit sie im Gebiete des Bergbaus selbst vorgenommen wird, ganz unbedingt. Dann aber kommen hier noch wichtige kapitalistische Interessen in Betracht. Die Besitzer des Grund und Bodens in Oberschlesien wehren sich ganz energisch gegen diese Art der Wasserversorgung, weil sie ihnen die kapitalistische Ausbeutung des Bodens, der Schätze unter der Bodenoberfläche, beschränkt oder ganz unmöglich macht. Denn in weitem Kreise um die Quellen ist jeder Grubenabbau unmöglich, wenn die Quellen nicht gefährdet werden sollen und deshalb vom Staate streng verboten. Das hat schon in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunders, als die jetzigen Wasserleitungen geschaffen wurden, den Zorn der Grundbesitzer und langwierige Prozesse des Staates mit diesen hervorgerufen.

Es mußte also ein ganz anderer Weg gefunden werden und er ist gefunden worden. Ein von der kontinentalen Wasserversorgungs-Gesellschaft in Berlin aufgestelltes Projekt will ein zentrales Wasserwerk in den Oderniederungen bei Birawa (Cosel-Kandrzin) weit ab vom Industriebezirk schaffen. Dort angestellte Probebohrungen haben so reichliche Quellen, so gewaltige Grundwasserströme ergeben, daß man den Industriebezirk auf ein Jahrhundert selbst bei sehr erheblicher Weiterentwickelung desselben reichlich mit gutem Wasser versorgen kann. Die Kosten der gewaltigen Anlagen sollen mindestens 18 Millionen Mark betragen. Das Projekt ist von der genannten Gesellschaft der Staatsregierung vorgelegt und es scheint in der Tat die beste, wenn nicht einzige Lösung der so wichtigen Frage der Wasserversorgung des ganzen Bezirks, zu dem ja auch der sich rapid entwickelnde Rybniker Industriebezirk hinzukommt.

Nun aber entsteht eine andere Frage, und mit dieser hatte sich vor allem die jetzt in Breslau tagende Konferenz zu beschäftigen: Wie werden die vielen Millionen für die Ausführung des Projekts herbeigeschafft? Das Bequemste wäre, die ganze Geschichte von einem privaten Unternehmer machen und von diesem auch ausbeuten zu lassen. Die kontinentale Wasserversorgungsgesellschaft, die millionenkräftige Hintermänner haben wird, würde die Sache dann auch sehr gern übernehmen. Man kann sich ja auch kaum ein besseres, glänzenderes Geschäft denken. Man hätte vielleicht auf ein Jahrhundert das Monopol, das wichtigste Lebensmittel das Wasser, an eine nach Millionen zählende Bevölkerung zu verkaufen, zu einem Preise, der sicher eine kolossale Verzinsung der in das Unternehmen gesteckten Millionen Mark auf viele, viele Jahrzehnte todsicher garantieren würde. Kann man aber dort eine solche langdauernde Abhängigkeit eines ganzen Landesteils in seinem wichtigsten Bedürfnisse von einer privaten Gesellschaft schaffen? Das wäre unseres Erachtens ein Skandal sonderngleichen!

Auch die Regierung ist sich der Tragweite dieses Zustandes bewußt und ein zweifellos inspirierter Artikel der „Schlesischen Zeitung“ mußte vor kurzem eindringlich hinweisen auf das Bedenkliche einer solchen Erledigung der Sache, auf die Schaffung eines solchen „Monopols von ungeheurer Gewalt“ in den Händen einer privaten Gesellschaft, „deren leitender Gesichtspunkt ihrer Natur nach der des Erwerbens sein“ müsse. Wie aber will man um diese Lösung herumkommen? Die „Schles. Zeitung“ schlägt die Begründung eines „Zweckverbandes“ zur Beschaffung der Mittel vor, bestehend aus den oberschlesischen Gemeinden, den großen privaten Werken und den staatlichen Bergwerks- und Eisenbahnverwaltungen. Und die gegenwärtige Breslauer Konferenz soll nach Zeitungsberichten vor allem eine solche Interessengemeinschaft vorbereiten. Wird das gelingen? Es muß das sehr stark bezweifelt werden. Die fiskalischen Verwaltungen sollen nach der „Schlesischen Zeitung“ nur in Betracht kommen, soweit es sich um ihre Betriebsergebnisse handelt. Der Fiskus bezw. der Staat will danach irgendwie Nennenswertes für Aufbringung der Kosten nicht beitragen.

Da blieben also zunächst die großen privaten Werke, die Gruben- und Hüttenbarone. Sie hätten allerdings allen Anlaß, in den Beutel zu greifen, ja die ganze Geschichte zu bezahlen. Denn erstens hat ihre rücksichtslose, das Wohl der Allgemeinheit nichtachtende Ausbeutung des Erdinnern das Uebel verursacht, ihnen aber ungeheure Reichtümer geschaffen und zweitens ist gerade das neue Projekt geeignet, ihnen neue gewaltige Vorteile zu verschaffen. Denn wird die Gewinnung des Wassers in eine vom Bergbau nicht berührte Gegend verlegt, dann werden die großen Schutzgebiete für die jetzigen wie zukünftigen im Bergrevier liegenden Quellen zur Ausbeutung wieder frei und neue Millionen fließen in die Taschen der großen Herren. Aber werden sie deshalb zahlen? Wer die oberschlesischen Verhältnisse kennt, wer insbesondere weiß, wie traurig es um die Zustände in den Gemeinden des Industriebezirks aussieht, der weiß, daß die Herren nicht zahlen werden. Die industrielle Entwickelung hat den Gemeinden schier unerträgliche Lasten aufgehalst, den Werksherren ungeheuere Reichtümer gebracht, mit einer erstaunlichen Ungeniertheit aber wissen sich die Herren vor dem Mittragen an den Lasten nach Möglichkeit zu schützen. Und sie werden in der Frage der Wasserversorgung nicht anders handeln: die Vorteile gern nehmen, die Lasten von sich abschütteln.

Da bleiben also schließlich nur noch die Gemeinden für den geplanten Zweckverband übrig. Sie werden dem sanften Drucke der Regierung am Ende kaum Widerstand leisten — aber werden sie auch zahlen können? Das muß ganz ausgeschlossen erscheinen. Jene 18 Millionen Mark — wenn's nicht bei der Ausführung noch einige mehr werden — müßten auf dem Wege der Anleihe von den Gemeinden aufgebracht werden. Die Gemeinden des Industriebezirks aber sind alle bitterarm, die meisten sogar total verschuldet, so daß eine weitere und gar so gewaltige Belastung dieser Gemeinden mit Schulden unmöglich erscheint, vom Staate übrigens gar nicht zugegeben werden dürfte. Die „Schlesische Zeitung“ sucht die Gemeinden zwar anzulocken, mit dem Gewinn aus der Wasserversorgung, der die sehr hohen Steuern in Oberschlesien vermindern würde. Aber ob der oberschlesische Bürger die Steuern in so und so viel Prozent Einkommensteuer mehr oder im höheren Wasserzins zahlt, ist für seine Tasche doch ganz gleich — zahlen muß er jedenfalls.

Das Resultat wäre am Ende: der Staat kann seiner „ungünstigen Finanzlage“ wegen nicht zahlen, die Groß-Industrie will aus eigennützigen Gründen nicht zahlen und die Gemeinden haben tatsächlich nichts zu zahlen. Da wird man das fette Geschäft also doch dem Privatkapital überlassen, eine Kulturaufgabe von größter Bedeutung für Wohlfahrt und Leben von Millionen Menschen zum Gegenstand privatkapitalistischer Spekulation und Profitmacherei degradieren? Dagegen muß von sozialdemokratischer Seite auf das Allerentschiedenste protestiert werden! Es wird Sache unserer neugewählten Arbeitervertreter im preußischen Dreiklassenhaus sein müssen, diesen Protest in schärfster Form zu erheben und dabei zugleich einmal die Kulturzustände des oberschlesischen Industriebezirks in die rechte Beleuchtung zu bringen, so daß den Herren vom grünen Tische wie den übermütigen großkapitalistischen Scharfmachern und Ausbeutern die Augen übergehen!

⊙

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki

Einzig autorisierte Uebersetzung von Adolf Heß.

29] (Nachdruck verboten.)

„Stimmt! ... Nun und der?“

Sie strengte ihre Augen an, bewegte die Brauen, erinnerte sich krampfhaft an die vergessenen Buchstaben und sah und hörte nichts mehr. Aber ihre Augen ermüdeten bald. Anfangs weinten sie vor Mattigkeit, dann tropften häufig Kummertränen auf die Blätter.

„Da lerne ich nun lesen!“ sagte sie schluchzend. „Ist Zeit zum Sterben, und ich fange noch an, lesen zu lernen ...“

„Ihr müßt nicht weinen!“ sagte der Kleinrusse freundlich. „Ihr habt nicht anders leben können ... wißt aber sehr wohl, daß Ihr ein klägliches Leben geführt habt! Tausende könnten besser leben als Ihr ... dabei leben sie wie das Vieh und prahlen noch. Ist denn das schön, wenn man heute nichts tut als arbeiten und essen, und morgen wieder genau dasselbe, und so bis an sein Ende? Dazwischen werden dann Kinder geboren, anfangs freut man sich, aber sobald sie Appetit entwickeln, schimpft man: „Vielfraße, wachst schneller, Ihr müßt arbeiten!“ Und man möchte aus seinen Kindern am liebsten Haustiere machen ... Aber die Kinder arbeiten bald für ihren eigenen Magen ... und dann geht die Leier von neuem los! Nie zittert die Seele vor Freude, nie hat sie Gedanken, vor denen das Herz still steht. Die einen leben wie die Bettler — erbitten sich alles, die anderen wie die Diebe — reißen alles an sich. Man hat eine Unmenge diebische Gesetze gegeben, Kerle mit Stöcken über die anderen gesetzt, ihnen gesagt: Hütet unsere Gesetze, sie sind bequem, sie lassen uns dem Menschen das Blut aussaugen! Zuerst bedrücken sie die Menschen äußerlich — gibt einer aber nicht nach, so trichtern sie ihm Dinge ein, die seine Vernunft lähmen.“

Die Ellbogen auf den Tisch gestützt, blickte er mit seinen nachdenklichen Augen in das Gesicht der Mutter und sagte:

„Nur die sind Menschen, die Leib und Seele von ihren Ketten befreien ... Und jetzt habt Ihr, so weit Eure Kraft reicht, mit diesem Werk begonnen.“

„Wie kann ich das?“ rief sie.

„Ganz einfach. Es geht dabei, wie mit dem Regen: jeder Tropfen tränkt einen Samenkorn. Wenn Ihr lesen lernt ...“

Er lachte, stand auf und begann im Zimmer auf und ab zu gehen.

„Nein, lernt es nur ... Wenn Pawel kommt — was er dann für Augen machen wird?“

„Ach, Andrjuscha!“ sagte die Mutter. „Jungen Menschen erscheint alles einfach, wird man aber älter, so hat man viel Kummer und wenig Kraft und gar keinen Verstand mehr ...“

XVII.

Abends ging der Kleinrusse fort, sie zündete die Lampe an und setzte sich an den Tisch, um Strümpfe zu stricken. Sie stand aber bald auf, ging unentschlossen im Zimmer hin und her, trat in die Küche, schob den Riegel vor die Tür und kehrte schnell, die Brauen bewegend, ins Zimmer zurück. Sie ließ die Fenstervorhänge herab, nahm ein Buch vom Regal, setzte sich wieder an den Tisch, blickte um sich, beugte sich über das Buch, und ihre Lippen bewegten sich ... Wenn von der Straße Lärm drang, bedeckte sie zitternd das Buch mit der Hand und horchte .... Und dann flüsterte sie wieder, die Augen bald öffnend, bald schließend:

„L—E—B—E—N“ ...

Es klopfte. Die Mutter sprang schnell auf die Füße, stellte das Buch auf das Wandbrett, trat zur Tür und fragte unruhig:

„Wer ist da?“

„Ich ...“

Rybin trat ein, begrüßte sie, streichelte behäbig seinen Bart, blickte mit seinen dunklen Augen im Zimmer umher und sagte:

„Früher hast Du die Leute eingelassen, ohne zu fragen ... Bist Du allein?“

„Ja.“

„So. Und ich glaubte — der Kleinrusse wäre hier. Ich habe ihn heute gesehen ... Das Gefängnis verdirbt den Menschen nicht ... Am meisten verdirbt uns die Dummheit ... So ist es!“

Er trat ins Zimmer, setzte sich und fuhr fort:

„Laß uns miteinander reden ... Siehst Du, ich habe eine Vermutung ...“

Er blickte vielsagend und geheimnisvoll drein und machte die Mutter ängstlich. Sie setzte sich ihm gegenüber und wartete schweigend.

„Alles kostet Geld!“ begann er mit seiner schwerfälligen Stimme. „Umsonst wird man weder geboren, noch stirbt man umsonst ... Flugblätter ... Bücher — alles kostet Geld. Jetzt frage ich Dich: weißt Du, woher das Geld für die Flugblätter kommt?“

„Das weiß ich nicht!“ sagte die Mutter leise im Vorgefühl einer Gefahr.

„So. Ich weiß es auch nicht. Zweitens: wer schreibt die Flugblätter und Bücher?“

„Die Gelehrten ...“

„Die Herren!“ sagte Rybin kurz. Seine Stimme wurde immer schwerer, sein bärtiges Gesicht wurde gespannt und rötete sich.

„Also die Herren schreiben die Bücher und verteilen sie. Was aber in den Büchern steht, ist gegen die Herren gerichtet. Jetzt sag' Du mir, was haben sie für einen Nutzen davon, wenn sie ihre Arbeit und Geld dazu hergeben, das Volk gegen sich aufzubringen ... he?“ —

Die Alte blinzelte geschwind mit den Augen, riß sie dann weit auf und rief furchtsam:

„Was meinst Du denn? Was?“

„Aha!“ sagte Rybin, und räkelte sich auf seinem Stuhl wie ein Bär. „Siehst Du wohl! Als ich dahinter gekommen bin, wurde mir auch schauerlich.“

„Was denn? Hast Du etwas erfahren?“

„Betrug!“ erwiderte Rybin. „Ich fühl' es: Betrug. Erfahren habe ich nichts, aber Betrug steckt dahinter, soviel weiß ich. Die Herren tüteln da etwas heraus. Das paßt mir aber nicht ... Ich will die Wahrheit wissen ... Die Wahrheit verstehe ich, die habe ich begriffen ... aber mit den Herren gehe ich nicht. Gebrauchen sie mich, stoßen sie mich vorwärts ... und gehen auf meinen Knochen wie auf einer Brücke dahin ...“

So sprach er, und seine mürrischen, niederdrückenden Worte legten sich wie eine Klammer um das Herz der Mutter.

„Herrgott,“ rief sie jammernd. „Sollte Pawel es wirklich nicht wissen? ... Und alle, die aus der Stadt kommen, sollten die wirklich ...“

Vor ihr tauchten die ernsten, ehrlichen Gesichter Jegors, Nikolai Iwanowitschs und Saschas auf, und ihr Herz erbebte.

„Nein, nein!“ schüttelte sie lebhaft den Kopf. „Das kann ich nicht glauben ... Die handeln nach Gewissen und Ehre. Die haben nichts Schlechtes im Sinne, nein!“

„Von wem redest Du?“ fragte Rybin nachdenklich.

„Von allen ... von allen, die ich bislang gesehen habe.“

Ihr Gesicht bedeckte sich mit Schweiß, und ihre Finger zitterten.

„Du mußt nicht so kurz sehen, Mutter! Blick' einmal weiter in die Ferne!“ sagte Rybin mit gesenktem Kopf. „Die mit uns verkehren, wissen vielleicht selbst nichts ... Sie glauben — und so muß es auch sein ... Sie lieben die Wahrheit ... Aber vielleicht stehen hinter ihnen andere, die nur an ihren Vorteil denken? Umsonst handelt niemand gegen sich selbst ...“

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Der 16. Juni. Der 16. Juni war für die Sozialdemokratie vor fünf Jahren ein glänzender Siegestag. Sie eroberte damals im ersten Wahlgang 55 Reichstagsmandate, denen sich später 26 in der Stichwahl gewonnene hinzugesellten, sie vermehrte die Zahl ihrer Stimmen um 43 Prozent bis auf mehr als drei Millionen. Wäre dem damals gewählten Reichstag nicht die Lebensdauer gewaltsam verkürzt worden, so hätten wir in diesen Tagen neue Reichstagswahlen haben müssen. Die Regierung wollte es anders, sie inszenierte Ende 1906 den Hottentottenrummel und gewann in den grotesken Schwindelwahlen vom Januar 1907 für die nächsten Jahre ein gefügiges Reichsparlament. Die Lebensdauer dieses Blockreichstags dauert normalerweise bis zum Januar 1912. Da aber Winterwahlen für die Erledigung der Parlamentsgeschäfte sehr hinderlich sind, wird die Strafzeit, die sich das Volk durch die Wahl dieses Reichstags auferlegt hat, wahrscheinlich um einiges abgekürzt werden. Von jetzt in drei Jahren wird voraussichtlich das deutsche Proletariat Gelegenheit finden, seinen Siegeslauf im Reiche weit über den Punkt hinaus fortzusetzen, den es am 16. Juni 1903 erreicht hatte.

Durch die vorzeitige Erledigung der Reichstagswahlen wurde der Frühsommertermin für die preußischen Landtagswahlen frei, die sonst erst im Herbst hätten stattfinden müssen. Der 16. Juni 1908 ist der Tag der Ageordnetenwahlen in Preußen, der Tag, an dem zum ersten Mal seit 60 Jahren wirkliche preußische Volksvertreter ihr Mandat aus den Händen der Wahlmänner empfangen werden.

Nach den ungeheuren Erfolgen des 16. Juni 1903 schien den preußischen Genossen nichts zu schwer. Der Versuch, bei den Novemberwahlen desselben Jahres in den preußischen Landtag einzudringen, wurde damals vielleicht mit größerer Zuversicht unternommen als diesmal, dennoch schlug er fehl. Erst der 16. Juni 1908 brachte den Erfolg und brachte ihn größer, als ihn irgendwer erwartet hatte. Die Tätigkeit unserer Genossen im preußischen Landtag wird aber der gesamten Parteiarbeit im preußischen Staatsgebiete von erheblichem Nutzen sein, sie kann und wird, so hoffen wir, wesentlich dazu beitragen, die Stellung der Partei in ganz Preußen zu verstärken, und diese neugewonnene Kraft wird auch bei den nächsten Reichstagswahlen ihren Ausdruck finden müssen. So greift ein Rad ins andere, der gegenwärtige Erfolg wird zur Quelle weiterer Erfolge nicht nur im preußischen Staat, sondern auch im Reich.

Wählen allein tut's freilich nicht. Hinter den Gewählten muß die lebendige Energie der Massen stehen, jederzeit bereit, die parlamentarische Aktion ihrer Vertreter vorwärtszutreiben und zu unterstützen. Auch in dieser Beziehung hat die sozialdemokratische Bewegung in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht, die Beweglichkeit der Massen, ihr Interesse an aktuellen Vorgängen, ihr Verständnis für die Bedeutung des Augenblicks ist in der Schule des Wahlrechtskampfes zusehends gewachsen. Dafür geben die Januartage dieses Jahres Zeugnis — ihre Bedeutung wird durch den Glanz keines noch so stolzen Wahltags verdunkelt.

Eine Kriegsrede Wilhelm II.? Wilhelm II. hat vor einigen Tagen auf dem Döberitzer Truppenübungsplatz in Gegenwart der fremden Militär-Attachees eine Ansprache gehalten, die nach einem Bericht der „Dortmunder Zeitung" folgende Stellen enthalten haben soll:

Nun, es sieht ja ganz so aus, als ob man uns einkreisen und stellen wollte. Das werden wir zu ertragen wissen. Der Germane hat noch nie besser gefochten, als wenn er sich nach allen Seiten hin wehren mußte. Sie sollen uns nur kommen. Wir sind bereit.

Die „Nordd. Allg. Ztg." von Montag Abend dementiert diese vom Sonntag datierende Meldung nicht, das „Berl. Tageblatt" aber weiß zu ihr mitzuteilen, der Wortlaut der Kaiserrede sei zwar nicht authentisch, doch habe sich der Kaiser tatsächlich in ähnlichem Sinne geäußert.

Es handelt sich hier um eine wichtige politische Aeußerung des Kaisers, dessen Wortlaut längst authentisch hätte festgestellt werden müssen und für deren Inhalt der Reichskanzler dem Reichstag verantwortlich ist. Aber freilich — wo ist der Reichstag? Wo ist die einzige Tribüne des Reichs, von der über eine Kaiserrede wie diese gesagt werden kann, was über sie gesagt werden sollte!? Ja, nicht einmal der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist einberufen worden. Und der Kaiser hält an seine Offiziere eine Ansprache, die so klingt, als ob der Krieg vor der Türe stände!

Gewiß, hätte Eduard VII. oder der Präsident Fallieres eine solche Ansprache an die Offiziere der englischen oder die Offiziere der französischen Armee gehalten, so würde man wissen, daß binnen drei Tagen marschiert wird. Glücklicherweise verträgt die Ansprache Wilhelms II. eine erheblich minder aufregende Deutung. In den zwanzig Jahren, die Wilhelm II. jetzt als Lenker der deutschen Reichsgeschicke im Vordergrunde der Weltbühne steht, hat man ähnliche Reden schon oft gehört, und doch kann die offiziöse Presse dem Kaiser nachrühmen, daß diese zwanzig Jahre seiner Regierung dem europäischen Frieden keine Störung gebracht haben.

Es besteht also die begründete Hoffnung, daß auch die neueste Rede des Kaisers nicht als ein ernstes Symptom gefährlicher Zustände zu betrachten ist, und daß sich die Nervosität bald wieder legen wird, die sie in manchen Kreisen, besonders an der Berliner Börse, hervorrief. Ein Anlaß zu einem Kriege ist in der ganzen Welt nicht zu finden; über Marokko wird man sich in Deutschland noch weniger denn je ereifern, da ja Frankreich im Begriffe ist, seine militärischen Operationen in jenem Lande einzustellen, die mazedonische Frage befindet sich aber erst im Stadium der vorläufigen Erörterung, und es kann hier gar nicht die Rede sein von einer Zuspitzung der Gegensätze, die einen Krieg zur Folge haben müßte.

Wenn also auch nicht anzunehmen ist, daß die Rede Wilhelms II. dem Weltfrieden unmittelbar gefährlich werden könnte, so wird sie dennoch ihre politische Wirkung nicht verfehlen. Eine Wirkung höchst unerfreulicher Art. Reden wie diese sind, wie gesagt, nichts Neues mehr; Reden wie diese haben immer dazu beigetragen, den Ring der Gegner Deutschlands fester zu schmieden und die Reizbarkeit auf der andern Seite zu vermehren. Jene Auslandspolitiker, die behaupten, daß eine friedliche Verständigung mit Deutschland unmöglich sei, weil Deutschland bei jeder Gelegenheit auf die Gewalt seines Schwertes poche, die eine kriegerische Auseinandersetzung mit einem solchen Deutschland über kurz oder lang für unabweislich halten und darum die ganze zivilisierte Welt zu einem Schutz- und Trutzbündnis gegen dieses kriegerische Deutschland aufrufen, werden die neueste Rede des deutschen Kaisers triumphierend zu den übrigen legen als einen neuen Beweis für die Richtigkeit ihrer Behauptung.

Es stehen also doch sehr ernste Dinge auf dem Spiel, Dinge, die nicht bloß den deutschen Kaiser, sondern gewissermaßen auch das Volk etwas angehen. Die Schicksale der Völker sind heute nicht mehr die Privatangelegenheit von Dynastien. Darum ist vom Reichskanzler zu fordern, daß er baldigst die Einberufung des Reichstags veranlaßt, der Reichstag aber hat, ehe es zu spät wird, die Pflicht, dem verantwortlichen Reichskanzler zu sagen, „daß es auf diese Weise nicht weitergeht!"

Die Krise in der Binnenschiffahrt. Während in früheren Jahren bei günstigem Wasserstande nicht genug Laderaum in der Schiffahrt der Elbe zur Verfügung stand, hat in diesem Jahre die Krise einen Ueberfluß an Versandgelegenheit gebracht. Die Betriebseinschränkungen bei den drei Elbschiffahrtsgesellschaften haben großen Umfang angenommen. So sind in den letzten Tagen nicht weniger als 120 Mann abgelohnt und entlassen worden.

Einen derben Sauhirtenton wissen nicht nur oppositionelle Blätter anzuschlagen, sondern auch die „hochanständigen" Herren von der Rechten ergehen sich in den rabiatesten Ausdrücken, wenn ihr Besitz gefährdet erscheint. In Kassel veröffentlicht die Reichspartei folgenden Aufruf gegen die Konservativen:

„Der bisherige Vertreter des Wahlkreises ist für geheimes Wahlrecht und Verbot der Judeneinwanderung, der Kandidat der Kreuzzeitungsleute, die **mit verlogener Dreistigkeit das Mandat beanspruchen**, versagt in beiden Fragen. Das dreiste Auftreten der reaktionären Freunde Stockhausens steht in einem erbitternden Gegensatze zu ihrer wahren politischen Schwäche in Kurhessen, das zeigt die beschämende Doppelkandidatur Türke-Bodelschwingh. Das zeigt die wahrscheinliche Niederlage des Hauptes der Reaktion v. Pappenheim in Hofgeismar-Wolfhagen. Darum, Ihr Wahlmänner, nur eine Parole am 16. Juni: Nieder mit den reaktionären Finsterlingen, Inquisitionen und Femrichtern! Für Recht und Freiheit!"

Im allgemeinen sind ja die Konservativen ganz richtig gezeichnet, hätten wir aber das Bild entworfen, dann würden sich alle „anständigen Leute" entrüstet von den sozialdemokratischen Hetzern abwenden.

Nun kommt er auch in das Gehege. Einen Gratulationsbesuch beim Kaiser Franz Joseph wird König Eduard am 14. oder 15. August in Ischl abstatten. Dabei wird er vom Unterstaatssekretär Hardinge begleitet sein. Frhr. v. Aehrenthal wird ebenfalls in Ischl weilen. Diese äußeren Umstände lassen erkennen, daß anläßlich dieser Entrevue auch politische Angelegenheiten zur Verhandlung gelangen sollen. Der Herr Eduard ist wirklich ein strupelloser Reisender, er kriecht selbst ins Haus des Konkurrenten hinein.

Wir wissen selbst nicht aus noch ein. Dieses Geständnis klingt aus dem neuen Dementi der „Nordd. Allg. Ztg." über die Finanzabsichten der Regierung hervor. Beiläufig bemerkt, muß das Blatt in jeder Nummer einer neuen solchen „Widerlegung" Raum geben. Heute heißt es also: „Am Freitag und Sonnabend fanden im preußischen Staatsministerium vertrauliche Besprechungen über die Reichsfinanzreform statt. Den Beratungen werden weitere mit den anderen Bundesregierungen folgen. Der Reformplan und die dem Bundesrat und dem Reichstag zu machenden Vorlagen stehen also noch nicht fest. Gegenüber zahlreichen Meldungen, die in mehr oder weniger bestimmter Form von den Absichten der Reichsregierung zu berichten wissen, kann nur betont werden, daß man es mit Kombinationen zu tun hat, denen es im gegenwärtigen Stadium der amtlichen Beratungen noch an ausreichenden Unterlagen fehlt. Es war das kürzlich von der „Köln. Volksztg." der Oeffentlichkeit dargebotene Steuerbukett fast durchweg aus Phantasieblumen gewunden. Falsch sind ebenfalls, wie wir bei diesem Anlaß feststellen wollen, die Angaben des genannten Blattes über eine angeblich am Donnerstag erfolgte Besprechung der Blockführer mit dem Reichskanzler. Eine derartige Konferenz fand überhaupt nicht statt."

Die Konferenz fand nicht statt und die Regierung weiß auch noch nicht, welche Blumen sie für das neue Bukett verwenden will, nur große müssen es sein, das ist sicher.

Fragliches Kompromiß. Die klerikale Presse meldet aus Siegen: Das hiesige Organ der Nationalliberalen befürwortet für die Landtagswahl in Bielefeld-Halle-Herford ein liberal-sozialistisches Zusammengehen auf der Grundlage, daß die Liberalen den Sozialdemokraten ein Mandat abtreten, um so 3 konservative Sitze zu erobern. — Wir glauben nicht an die Liberalen, die darauf eingehen!

Ein nationalliberaler Abgeordneter gerichtet. Das Reichsgericht verwarf die von dem hessischen Landtagsabgeordneten Hirschel gegen seine Verurteilung wegen Betrug eingelegte Revision.

Ausland.

Das allmächtige Kapital und seine Kommis in den Regierungen. Im englischen Unterhause stellte Abg. Myer die Frage, ob die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Meldung von dem Verbande der Stahlwerke gelenkt sei, der die leitenden Firmen Englands, Deutschlands, Rußlands und der Vereinigten Staaten umfassen soll, und ob die Regierung im Interesse des englischen Handels Mittel zu suchen beabsichtige, um dergleichen Vereinigungen ungesetzlich zu machen. Der Handelsminister erwiderte, er habe die fraglichen Meldungen in den Zeitungen gelesen, aber keine Mitteilung erhalten, wodurch sie bestätigt werden. Es sei nicht beabsichtigt, auf dem Wege der Gesetzgebung Schritte zu tun, um Kapitalsvereinigungen ungesetzlich zu machen.

Wie sollte sich eine kapitalistische Regierung dazu entschließen. Mögen die Stahlbarone aller Länder mit ihrem „Vereinigt Euch!" die gesamten Völker Europas auswuchern und Milliarden anhäufen — das schiert unsere Regierungen nicht. Sie sind Fleisch von ihrem Fleische und werden das Werk ihrer Brüder nicht stören. Bis eines Tages den Völkern die Geduld reißt und sie mit beiden — den wirtschaftlichen und politischen Herren — tabula rasa macht.

* * *

Marokkanische Frauenmißhandlung. Aus Rabat erfährt die „Daily Mail": Nach dem Einmarsch in Fez befahl Muley Hafid, daß die Frauen sämtlicher Notablen im Dienste Abdul Asis als Geiseln bis zur Rückkehr ihrer Gatten nach Fez gefangen zu halten seien. Einige Frauen wurden in Ketten gelegt und hatten brutale Mißhandlungen zu dulden. Es wurden Kuriere nach Rabat gesandt und die Gatten zur Rückkehr gedrängt. Als Abdul Asis hiervon Kenntnis erhielt, erlaubte er den Gatten die sofortige Rückkehr und stattete sie hierzu mit Geldmitteln aus.

* * *

Französische Sozialisten gegen die Russenverbrüderung. Der Nationalrat der geeinigten Sozialisten Frankreichs nahm einstimmig eine Tagesordnung an, in der der Nationalrat seine Entrüstung über den bevorstehenden Besuch des Präsidenten Fallières beim Zaren ausspricht. Die Reise des Präsidenten erfolge in einem Augenblick, wo in Rußland Hinrichtungen und Verbannungen nach Sibirien mehr denn je an der Tagesordnung seien. Alle sozialistischen Verbände und Korporationen werden ersucht, sich dieser Protestkundgebung anzuschließen, um die Rußland-Reise des Präsidenten Fallières zu verhindern.

* * *

Beschwichtigungen für die streikenden Studenten in Oesterreich. Die Rektorenkonferenz der österreichischen Hochschulen erließ eine Kundgebung folgenden Inhalts: Die Rektoren seien zu der Ansicht gelangt, daß das Unterrichtsministerium die Lehr- und Lernfreiheit und die Reformen der Hochschule wahren und schützen werde. Die Rektoren fordern daher die Studierenden auf, von dem Streik abzulassen, widrigenfalls sie, die Rektoren, nicht in der Lage wären, Gefahren von der Hochschule abzuwenden, so daß bei einer Fortdauer des ungesetzlichen Zustandes den Studierenden schwere Nachteile und die Nichtanrechnung des Semesters eintreten würden. — Bezüglich Wahrmund wurde die Versicherung abgegeben, daß die Wiederaufnahme seiner Vorlesungen vollständig gesichert sei.

* * *

Die irischen Gewerkschaften und die Arbeiterpartei. Während der Pfingsttage hielten die irischen Trade-Unions ihren 15. Jahreskongreß in Belfast ab. Neben rein gewerkschaftlichen und irischen Angelegenheiten kam auch die Frage des Anschlusses an die britische Arbeiterpartei zur Sprache. Die Frage war nicht leicht zu entscheiden, da das irische Volk sich seit vielen Jahren ausschließlich mit nationalen Angelegenheiten beschäftigt und deshalb einer Klassenorganisation nicht geneigt ist. Hinzu kommt, daß die irische Fraktion oppositionell ist und in der Regel für sozialpolitische Vorlagen eintritt. Nach einer längeren Diskussion nahm indes der Kongreß folgende Resolution an:

„Wir sind der Ansicht, daß die irischen Trade-Unions sich unverzüglich der Arbeiterpartei anschließen sollen, um auch in Irland eine selbständige politische Arbeiter-Bewegung zu schaffen."

Die Resolution wurde gegen eine verschwindende Minderheit angenommen. Führen die Trade-Unions diese Resolution aus, so wird dies geradezu eine Revolution im Denken des irischen Proletariats bedeuten.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Nach dem Wiener Jubiläumsfestzug kam es am Abend noch zu heftigen Konflikten zwischen Triestinern, die am Festzug teilgenommen hatten, und italienischen Studenten. Anlaß dazu sollen die Triestiner durch höhnische Provozierung der italienischen Studenten gegeben haben. Gestern wurden die Streitigkeiten an der Universität fortgesetzt. Vier italienische Studenten, die in ein Café nahe der Universität kamen, wurden von 30 Triestinern überfallen und mit Stöcken geschlagen. Ein italienischer Student wurde durch einen Wurf mit einer Flasche schwer verletzt. Die Triestiner wurden schließlich arretiert und auf die Polizeidirektion gebracht. Völker-Jubiläumsfestzug mit anschließender Prügelei!

Die Eisenbahnkatastrophe bei Tremessen vor Gericht.

Hg. Gnesen, den 15. Juni 1908.

Die folgenschwere Eisenbahnkatastrophe, die in der Nacht vom 6. zum 7. August v. Js. dem von Warschau kommenden, nach Berlin fahrenden D-Zug bei der Station Tremessen unweit Gnesen zustieß, unterliegt heute der Nachprüfung des hiesigen Landgerichts. Wegen Außerachtlassung bestehender Dienstvorschriften, der Nichtbeachtung bezw. Nichtgebung von Signalen, der fahrlässigen Tötung und der fahrlässigen Körperverletzung haben sich 13 Eisenbahnangestellte zu verantworten. Es sind dies: 1. Bahnmeisterdiätar Max Bajor, unter dessen Leitung Gleisbauten an der Unfallstelle vorgenommen wurden, 2. Hilfsrottenführer Vinzent Wozniak, 3. Hilfsbahnwärter Kaiper Braniezki, 4. Streckenarbeiter Paul Sommerfeld, 5. Streckenarbeiter Gustav Herzig, 6. Lokomotivführer Richard Bargel, 7. Lokomotivführer Tiedemann, 8. Lokomotivführer Krzegel, 9. Schaffner Möge, 10. Schaffner Brochmann, 11. Bremser Pokuta, 12. Hilfsbremser Müller, 13. Hilfsbremser Duhr. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Engel, die Anklage vertreten Erster Staatsanwalt Bahr und Staatsanwalt Sierke, während den Angeklagten 7 Rechtsanwälte, darunter Rechtsanwalt Sonnenfeld (Berlin) als Verteidiger zur Seite stehen. Die Verhandlung findet mit Rücksicht auf die große Zahl der Angeklagten und die zahlreichen Zeugen im Schwurgerichtssaale statt. Den Angeklagten ist die Geschworenenbank eingeräumt worden. Einer der Angeklagten erscheint in Militäruniform, der Gerichtsherr seiner Division hat ihm dem Zivilgericht zur Aburteilung überlassen. Ferner haben im Gerichtssaal zahlreiche Pläne und große Tafeln Aufstellung gefunden. Es sind Geschwindigkeitsmesser zur Stelle geschafft, Schienenteile, Laschen, dicke Bücher mit Instruktionsvorschriften usw. Als Sachverständige sind geladen Eisenbahnbauinspektor Stahl, Oberbaurat Zacharias, Regierungsbaurat Voß, Geheimer Baurat Steinfeld, Baurat a. D. Suck, Baurat Richter und der Großherzogl. Badische Baukontrolleur Bautzen. Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß die Angeklagten bei den Gleisumbauten zu tief ausgekoffert und die Bolzen gelöst hatten. Den angeklagten Lokomotivführern wird zur Last gelegt, daß sie unter Außerachtlassung der Warnungssignale mit voller Geschwindigkeit über die Baustelle gefahren sind. Die Zeugen sind meistens Mitarbeiter und Kollegen der Angeklagten.

Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung der Angeklagten. Zunächst wird Bahnmeisterdiätar Bajor vernommen. Er gibt an, daß er auf Anweisung der höheren Dienstbehörde das Gleis Thorn—Posen auf der Strecke Tremessen—Talsee auszubessern hatte. Der Zweck dieser Ausbesserung war die Ersetzung der eisernen Schwellen durch hölzerne Schwellen. Er hat im Juli vorigen Jahres diese Arbeiten unter Assistenz der Mitangeklagten vornehmen lassen, mußte aber am 26. Juli mit den Arbeiten aufhören, da ein höherer Bahnbeamter aus Posen bei der Nachkontrolle der Arbeiten herausfand, daß vor allen Dingen nicht ordentlich gestopft war. (Festhammern der Bettung unter die Schwellen.) Die Arbeiten wurden dann auf 14 Tage unterbrochen und die ergänzende Stopfung vorgenommen. Anfang August

wurde dann wieder mit der Neulegung der Gleise begonnen. — Vors.: Waren Sie in der Nacht zum 7. August dabei, als die Ausbesserungsarbeiten vorgenommen wurden? — Angekl.: Nein. Ich hatte an dem Tage sehr viel zu tun und außerdem mußte ich am anderen Morgen schon wieder Dienst tun. — Vors.: Sie wußten doch aber, daß die Arbeiten vorgenommen wurden, und hatten daher die Pflicht, dabei zu sein. Halten Sie es denn für zulässig, daß Sie bei solchen Arbeiten wegbleiben? — Angekl.: Ich war sehr ermüdet, außerdem glaubte ich, daß ich bei den Vorarbeiten nicht dabei zu sein brauchte. Ich wollte mir Ruhe gönnen, um nachher, wenn die Vorarbeiten beendet und die Gleislegung selbst stattfinden sollte, wieder dabei sein zu können. — Vors.: Die Anklage steht auf dem Standpunkt, daß Sie bei den ganzen Arbeiten, auch bei den Vorarbeiten, hätten zugegen sein müssen. Das folgt aus den Instruktionen für die Bahnmeister. — Angekl.: Ich rechne diese Vorarbeiten nicht zu den eigentlichen Arbeiten und glaubte deshalb, fortbleiben zu können. Ich war damals sehr müde und hatte viel zu tun. — Vors.: Die Anklage sagt, es hätte Sie niemand gezwungen die Arbeiten gerade in der Nacht vom 7. zum 8. August vornehmen zu lassen. Sie hätten also, wenn Sie stark ermüdet waren, den Umbau eben so gut in einer späteren Nacht vornehmen lassen können. — Angekl.: Ich wollte, daß die Umbauarbeiten möglichst rasch vorwärts gingen. — Vors.: Dann hätten Sie für einen Vertreter sorgen müssen. — Angekl.: Der Rottenführer war mein Vertreter. — Vors.: Aber doch nur auf vorübergehende Zeit, und nicht für die Leitung größerer Arbeiten. Nun aber zur Unfallstelle selbst! Sie haben eine Auskofferung in einer Tiefe von 50 cm unter Schienenhöhe vornehmen lassen. Das soll unzulässig sein, und die Arbeiter sagen, Sie hätten das in der Unfallnacht so gemacht, wie es früher auf ihre Anordnung hin auch gehandhabt worden sei. — Angekl.: Ich habe früher 40—43 cm angeordnet. — Vors.: Die Arbeiter aber sagen, sie hätten sich an den Schippen ein Zeichen gemacht und sich gesagt: so weit müssen wir auch hier auskoffern. — Angekl.: Davon weiß ich nichts, das erfahre ich erst jetzt.

(Schluß folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Juni.

Die heutige Abgeordneten-Wahl

nahm pünktlich um 9 Uhr im Schießwerder und im Konzerthause ihren Anfang. Fast sämtliche Wahlmänner der drei Parteien waren zur Stelle. In beiden Lokalen gab es vor Beginn des Namenaufrufs eine größere Anzahl Beanstandungen von Mandaten. Bei dieser Gelegenheit wurden im Konzerthause vier und im Schießwerder drei sozialdemokratische Mandate von Wahlmännern für ungiltig erklärt. Fast in allen Fällen deshalb, weil die bürgerlichen Wahlvorstände bei der Wahl am 5. Juni mehr oder minder große Böcke geschossen hatten. Wir sind also immer die Gepreßten. Fast sieht es so aus — wir schrieben das schon zu wiederholten Malen — als läge in diesem konstanten Fehlermachen ein gewisses System. Ist es doch so verflucht bequem, nach der Wahl eines Sozialdemokraten schnell ein paar formelle Verstöße gegen das Wahlreglement zu begehen, um die Wahl kassieren zu lassen.

Auch bei diesen Ungiltigkeitserklärungen zeigte sich unser verkommener Breslauer Freisinn in seiner ganzen Glorie: Im Schießwerder hätte er es nämlich in der Hand gehabt, die Mandate der kassierten Sozialdemokraten zu retten. Aber stattdessen stimmte er mit den Konservativen geschlossen für die Ungiltigkeitserklärung. Meist waren es konservative Wahlvorstände, die die Fehler begangen, aber das focht die freisinnigen Blockbrüder nicht an: Bis auf den letzten Mann verteidigten sie die Verstöße der Wahlvorstände und stimmten mit den Konservativen gegen uns! Ist es nicht anfagbar lächerlich, wenn trotzdem die „Schlesische Morgenzeitung" des Pastors Nitschke selbst heute noch der Oeffentlichkeit weismacht, es sei noch möglich, daß zwischen uns und diesem „Freisinn" eine Einigung zustande käme? — — — —

Im Konzerthause ist die Zahl der sozialdemokratischen Wahlmänner viel geringer wie im Schießwerder: sie beträgt dort nur 105, während in letzterem Lokale 225 zu stimmen haben. Im Schießwerder ist dafür die Zahl der konservativen Wahlmänner geringer wie im Konzerthause.

Folgendes Stimmungsbild aus der elften Stunde geht uns noch aus dem Konzerthause zu:

Der Wahlakt geht außerordentlich rasch von statten. 22 Wahlmännermandate, darunter 4 sozialdemokratische, mußten wegen Verstößen der Wahlvorsteher gegen die Gesetze für ungiltig erklärt werden. Nur zweimal suchten die beteiligten Parteien, ihre Mandate zu retten. Stadtv. Stein suchte eine nachträgliche Verpflichtung zu rechtfertigen, zog aber seinen Einspruch zurück und die Wahl wurde mit den Stimmen der Konservativen für ungültig erklärt. Zwei sozialdemokratische Mandate in der Gräbschener Vorstadt gingen durch unglaubliche Bummelei des ganzen Wahlvorstandes verloren, die braven Leute hatten überhaupt kein Protokoll über den Wahlakt ausgefüllt — niemand aus dem Vorstande hatte daran gedacht. Die Genossen Löbe und Müller machten aufmerksam, daß die Stimmenzahl durchaus nicht angezweifelt sei; mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten wurden die Mandate für ungiltig erklärt.

Dann begann die Abstimmung der Wahlmänner. Sie geht rasch von statten. In der inneren Stadt sind zunächst die Liberalen im voraus. Doch schon im dritten Bezirk gibt diesmal Genosse Brandt die erste sozialdemokratische Stimme: Löbe-Neukirch-Schütz ab, ihm folgt bald der älteste Wahlmann der Stadt, Genosse Louis Cohn. Unser Genosse Cohn hat bereits vor fünfzig Jahren, im Jahre 1858, als Wahlmann mitgewirkt, damals im Auftrage der demokratischen Partei. Der Herr Polizeipräsident, umgeben von seinen Kommissarien und Schutzleuten, gibt seine Stimme konservativ ab, das Gefolge natürlich auch. Die Stimme des Protokollführers reicht nicht aus und ein Ratsdiener mit seiner gesunden, kräftigen Proletarierstimme muß einspringen. Vor dem Ohlauertor überwiegen die Schwarzen, bis dann 24 Sozialdemokraten etwas freundliches helles Licht in die Situation hineindringen.

Um 11 Uhr meldet die „Schlesische Zeitung" (Mittagblatt), daß im Konzerthause im ganzen 11 Mandate der Rechten und 12 (natürlich!) der Linken für ungiltig erklärt worden sind.

Die Namen der im Schießwerder für ungiltig erklärten Wahlen sozialdemokratischer Wahlmänner sind: Kaufmann Adolf Stasch, Tischler Emil Hanke, Tischler Max Rößler und Arbeiter Richard Geike. Von den gegnerischen Wahlmannswahlen wurden, ebenfalls auf Grund der Bummelei von Wahlvorständen, 10 für ungiltig erklärt.

* **Bei der heutigen Abgeordnetenwahl** wurden bis 1/2 1 Uhr Stimmen abgegeben:

Im Konzerthause:

Soz. **97.** Freis. **298.** Kons. **460.**

Im Schießwerder:

Soz. **208.** Freis. **172.** Kons. **386**

Zusammen:

Soz. **305.** Freis. **470.** Kons. **846.**

Die absolute Mehrheit beträgt demnach 811 Stimmen, sodaß die Stroßer, Zieschè, Wagner im ersten Wahlgange gewählt worden sind.

* **Der Oberhirsch Max Strohfeld ist ein Streikbrecheragent,** wie heute Vormittag vom Breslauer Schöffengericht entschieden worden ist. Bekanntlich hat Strohfeld seinerzeit während des Streiks der Metallarbeiter bei der Firma Gubisch in Liegnitz dieser Firma Arbeitswillige vermittelt. Die „Volkswacht", die seinerzeit darüber berichtete, hatte dem Herrn deshalb eine niederträchtige Gesinnung zum Vorwurf gemacht und Genosse Wolff wurde daraufhin infolge einer Privatbeleidigungsklage des Strohfeld wegen formeller Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt.

Auch der „Vorwärts" hatte über das unerhörte Verhalten dieses „Arbeiterführers" berichtet. Der Bericht trug die Ueberschrift: „Der Oberhirsch als Streikbrecheragent". Strohfeld hat deshalb auch den verantwortlichen Redakteur unseres Zentralorganes Genossen Davidsohn aus Berlin verklagt. Die Sache kam heut vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung und endete mit der Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, der Ausdruck Oberhirsch sei keine Beleidigung und der Ausdruck Streikbrecheragent bezeichne lediglich eine Tatsache.

Herr Strohfeld befand sich im Zuhörerraume und hinter dem schützenden Ofen halb verborgen nahm er Kenntnis davon, wie selbst preußische Richter über sein Treiben denken.

† **Sittlichkeitsverbrechen.** Ein Arbeiter von der Berliner Chaussee, der wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an einer seiner Töchter bereits zwei Jahre Zuchthaus verbüßt hat, der im vorigen Herbst seine erwachsene Tochter mit der Axt niederschlug, seine eigene Frau, die von ihm getrennt lebt, mit Erschießen bedroht hat, ist am 15. d. M. verhaftet worden, weil er an seiner 12jährigen Tochter, der ihre Lehrer das beste Zeugnis ausstellen, sich in unerhörter Weise sittlich vergangen hat. — Hat denn noch niemand daran gedacht, diesen anormalen Menschen auf seinen Geisteszustand zu untersuchen?

† **Ein mißratener Sohn** ist ein 15jähriger Arbeitsbursche von der Georgenstraße, der am 14. d. M. die Wohnung seiner abwesenden Mutter mit einem Nachschlüssel öffnete, darauf mit einem Stemmeisen eine Schublade erbrach und aus der darin befindlichen Kassette Konsummarken im Werte von 5 Mk. entwendete, die er verschleuderte. Am Tage darauf erschien er bei der Mutter und forderte nun frech die Herausgabe auch der übrigen Sparmarken, und als die Mutter sich weigerte, dies zu tun, bedrohte er sie mit Hinauswerfen aus dem Fenster. Der undankbare Sohn ist auf Anzeige der Mutter verhaftet worden.

† **Einbruch.** Wie vor 14 Tagen schon einmal ist in der Nacht zum 16. d. M. wieder in den Schaukasten eines Geschäfts Ring Nr. 19 eingebrochen worden; es ist wieder dieselbe dicke Seitenscheibe in einer Ecke eingeschlagen, und es sind wieder aus dem Kasten 3 Plaids im Werte von 30 Mk. gestohlen worden.

† **Der Einbruchsdiebstahl** bei einem Kaufmann auf der Goethestraße erschien von vornherein sehr rätselhaft, und die Ermittelungen der Kriminalpolizei brachten Tatsachen zu Tage, die eine Festnahme der beiden Dienstmädchen rechtfertigten. Diese bequemten sich denn auch schließlich zu dem Eingeständnis, daß der Dieb mit ihrem Wissen und Willen eingedrungen und die Wertsachen entwendet habe. Dieser war nach Ausführung des Diebstahls nach Berlin gefahren, wurde bei seiner Rückkehr sofort verhaftet und legte auch ein volles Geständnis ab. Er ist ein stellungsloser Kaufmann von der Nachodstraße, der mit einem der Dienstmädchen, die übrigens schon lange bei dieser Herrschaft in Dienst stehen, ein Liebesverhältnis unterhielt und von ihm all seine Ersparnisse erhalten hatte; jetzt waren sie alle drei überein gekommen, das entwendete Geld und den Erlös aus den Wertsachen zu teilen. Der junge Mann hat angegeben, daß er das Etui mit der kostbaren Brosche in den Stadtgraben versenkt habe, um es später herauszuholen. Die Polizei wird durch Nachsuchung feststellen, ob dies wahr ist.

Aus Schlesien und Posen.

Brieg, 14. Juni. Die guten Freunde der Arbeiter Die Urwahlen sind vorüber und unsere Genossen haben tüchtig für unsere Sache agitiert. Wenn man bedenkt, daß uns kein Lokal zur Verfügung stand, um öffentlich die Arbeiterschaft über die Wahlen aufzuklären, und die ganze Arbeit nur von Mund zu Mund geschehen konnte, so kann man mit dem Erfolge zufrieden sein. Haben wir doch in der Stadt nicht nur die 19 Wahlmännermandate von vor 5 Jahren behauptet, sondern noch 8 neue dazu genommen. Außerdem aber noch in Klein- und Groß-Leubusch 3 Mandate und aus dem Kreise Ohlau 8 Mandate, so daß die Zahl der Wahlmänner von 19 auf 33 gestiegen ist. Daß uns die Arbeit nicht gar zu leicht gemacht wurde, beweist folgender Brief, der uns zufällig in die Hände fiel:

„Lieber Freund!

Damit die Wahlbeteiligung eine recht rege wird, stelle ich Dir anheim, unsere kleinen und größeren Besitzer am Sonnabend und Sonntag im Gasthause zu guter Beteiligung aufzufordern, damit wir der sozialdemokratischen Partei nicht unterliegen. Den Gemeindediener Arndt bitte ebenfalls zu bestellen. Kommt nur um 10 1/2 Uhr im hiesigen Gasthaus zusammen, damit Ihr Euch noch vorher über die Namen der Wahlmänner einigt. Die anderen Gemeinden sind ebenfalls hiervon benachrichtigt.

Mit bestem Gruß

K."

Trotzdem dieser Brief kein Datum und keinen Ort trägt, ist uns dessen Herkunft doch bekannt. Der Name des Herrn Arndt sowie die Unterschrift K. verraten seinen Urheber: Es ist Herr Kache. Aber auch die Katholiken trugen ihr gut Teil bei und lobhudelten um ihren Herrn, indem sie, fromm, wie sie nun einmal sind, konservativ wählten. Da nun aber doch einige Zentrumswahlmänner durchgekommen sind, so wurden diese angewiesen, ihre Stimme „ausnahmslos" für die Konservativen abzugeben. Hieraus können die Arbeiter ersehen, was sie von der Arbeiterfreundlichkeit und Fürsorge des Zentrums zu halten haben.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

B., Parchwitz. Unfallverletzte haben vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der 13. Woche ein Krankengeld zu erhalten, das 2/3 des durchschnittlichen Tagelohnes beträgt; ist er im Krankenhause untergebracht, so hat die Familie 1/3 des durchschnittlichen Tagelohnes als Unterstützung zu bekommen.

Neueste Nachrichten.

Ein Landrat als 175er.

Stettin, 16. Juni. (H. T.-B.) Gestern ist der Landrat des Kreises Randow, Friedrich Goebe, der vor einigen Tagen vom Amte suspendiert wurde, unter dem Verdachte verhaftet worden, sich im Sinne des § 175 vergangen zu haben. Zwei andere Verwaltungsbeamte, die gleichfalls in die Angelegenheit verwickelt sind, haben sich „auf Reisen begeben".

Die Arbeit der Bluthunde.

Paris, 16. Juni. (H. T.-B.) „Echo de Paris" meldet aus Mailand, daß die Führer des Agraraufstandes der Provinz Parma vom Gerichte schwer bestraft wurden. Der 1. Sekretär der Arbeiterbörse wurde zu 5 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der 2. Sekretär erhielt wegen antimilitaristischer Propaganda 4 Jahre 1 Monat Gefängnis. Die freiwilligen Arbeiter (Streikbrecher) treffen unter dem Schutze von Militär ein. Die Zahl der Ausständigen und derer, die darunter leiden, beträgt über 20 000.

„Nichts Gutes für Marokko".

Sofia, 16. Juni. (H. T.-B.) Regierungsblätter erklären, daß die russisch-englische Verständigung über die Balkanangelegenheit nichts gutes für Marokko erwarten lasse. Durch die Abmachung wird die mazedonische Frage nur vor ein weiteres Forum gebracht, wodurch die Angelegenheit komplizierter wird.

Tragödie eines Liebeswahnsinnigen.

Wien, 16. Juni. (H. T.-B.) Ein 30 Jahre alter Arbeiter unterhielt seit längerer Zeit Beziehungen zu einem jungen Mädchen von 13 Jahren. Um nicht mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten, wartete er bis zu ihrem 14. Geburtstag, um das Mädchen von der Mutter zu fordern. Die Mutter machte die Jugend der Tochter geltend, worauf er das Mädchen durch Messerstiche verletzte, die Wohnung demolierte und die Trümmer zum Fenster hinauswarf. Drei Söhne eilten der Mutter zu Hilfe, schossen und stachen auf den Eindringling, worauf dieser ebenfalls schoß. Einer der Söhne erhielt drei Schüsse in den Kopf, der andere einen Beilhieb in den Bauch. Alle Teilnehmer an dem Streite sind mehr oder minder schwer verletzt.

Vom Kampfplatz in Persien.

Teheran, 16 Juni (H. T.-B.) Die Lage in der Hauptstadt ist noch immer ungeklärt. Große Menschenhaufen haben sich um das Parlament und die Moscheen angesammelt. Der Schah hat den Befehl gegeben, die Menge auseinander zu treiben. Die Menge verlangt vom Schah Garantie dafür, daß die Uebergriffe gegen das Parlament nicht wiederholt werden. Der Schah hält sich noch immer außerhalb der Stadt auf und hat eine Batterie in der Richtung gegen Teheran auffahren lassen. In der Stadt werden Leute, die Waffen tragen, durch Militär entwaffnet.

Würzburg, 16. Juni. (H. T.-B.) In der Nähe von Kitzingen wurde ein reisender Handwerker, anscheinend ein Mechaniker, ermordet mit eingeschlagener Schläfe aufgefunden. Geld und Legitimationspapiere fehlten. Von dem Täter hat man keine Spur.

Düsseldorf, 16. Juni. (H. T.-B.) Nach Genuß von verdorbenem holländischem Käse ist die ganze Familie des Gerichtsvollziehers Sievers unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Sievers ist bereits gestorben.

Warschau, 16. Juni. (H. T.-B.) Das Kriegsgericht fällte gestern wieder sechs Todesurteile.

St. Ingbert, 16. Juni. (H. T.-B.) Der Ackerer Kunz aus Mutterstadt ist von seiner Mutter erstochen aufgefunden worden.

Brüssel, 16. Juni. (H. T.-B.) Der Weichensteller Tahn, dem die Verantwortlichkeit der Eisenbahnkatastrophe bei Contich zur Last gelegt wird, ist infolge der erlittenen Gemütsbewegung gestorben.

Lemberg, 16. Juni. (H. T.-B.) Nach hier eingetroffenen Privatmeldungen wurde die Stadt Dünaburg von einer furchtbaren Feuersbrunst heimgesucht. Mehrere hundert Wohnhäuser sind niedergebrannt, zahlreiche Menschen verunglückt. Einzelheiten fehlen noch.

Wien, 16. Juni. (H. T.-B.) An der Wiener Universität waren gestern die Pfingstferien zu Ende. Deutschnationale Studenten hielten die Rampe der Universität besetzt, um die Vorlesungen zu verhindern, falls versucht werden sollte, dieselben aufzunehmen.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 16. Juni:

Lithographen und Steindrucker. Mitglieder-Versammlung im Zimmer Nr. 1.

Holzarbeiterverband. Werkstattdelegierten-Sitzung Abends 8 Uhr im Zimmer Nr. 3 und 4.

Mittwoch, den 17. Juni

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Freitag, den 19. Juni:

Holzarbeiterverband. Bezirksleiter-Sitzung. Abends 8 Uhr im Zimmer 1.

Dienstag, den 23. Juni:

Holzarbeiterverband. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr im großen Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 10 (Sandvor).

Die Wahlmänner werden ersucht, die Registrierten Geldlisten im Distriktslokal, Blücherstraße 15 abzugeben; ebenso sind alle ausgegebenen Sammellisten schnellstens ebendaselbst abzuliefern.

Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 3.

Bezirk 3 (Groß-Mochbern). Sonntag, den 21. Juni, Nachmittag um 3 Uhr: Zusammenkunft bei Niewiedy in Opperau. Jeder hat zu erscheinen.

Land-Distrikt 4.

Bezirke Hartlieb, Krietern, Klettendorf. Mittwoch, den 17. Juni, Abends 8 Uhr findet bei Thamm eine wichtige Zusammenkunft statt, zu der alle Genossen eingeladen sind.

Land-Distrikt 9 (Tschansch).

Donnerstag, den 18. Juni: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im Distriktslokal, Zablabend. Vortrag des Genossen Schütz und Besprechung über die Gemeindevertreter-Wahl. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Distriktsführer.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Cohn. — Druck von [illegible] G. m. b. H. — sämtlich in Breslau.

Hierzu 2 Beilagen.

Breslauer Gewerkschaftshaus

Margaretenstrasse 17

empfiehlt seine

Lokalitäten, Saal, Vereinszimmer

und schattigen Garten

den Breslauer Arbeitern zu regem Besuch.

Die **Kegelbahn** ist wieder eröffnet.

Jeden Sonntag wird für Unterhaltung der Gäste und der Kinder gesorgt.

Gutgepflegte Biere! Alkoholfreie Getränke! Einfache Speisen sind stets vorrätig!

Um Unterstützung ihres Unternehmens ersucht alle Gewerkschaftler und Genossen

Die Lokalkommission.

Am Sonntag, den 14. d. Mts. entschlief nach langen Leiden meine liebe Frau unsere gute Mutter

Anna Hoffmann, geb. Schaaf

im Alter von 35 Jahren.

Dies zeigt an Der trauernde Gatte
Reinhold Hoffmann nebst Kindern.

Beerdigung: Mittwoch, den 17. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle Pohlanowitz. 3034

Todes-Anzeige.

Am 13. Juni schied freiwillig aus dem Leben unser treuer Verbandskollege

Paul Springer

im Alter von 39 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Die Mitglieder des Zentralverbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands (Zweigverein Breslau u. Umgegend).

Beerdigung: Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Anatomie, Maxstrasse, nach Cosel. 3028

Am 14. d. Mts. verstarb nach langen Leiden die Frau unseres Genossen Reinhold Hoffmann. 3029

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Genossen des Distrikts S.

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle Pohlanowitz.

Victoria-Theater

Original Budapester Orpheum-Gesellschaft.

Anfang 8 Uhr.

Bons Wochentags gültig.

Stellung

dauernd, ganz gleich welcher Art, sucht sofort verheirateter Kontoristen. Offerten erb. unt. **K. T.** Exped. d. Ztg. 3033

Möbel, Betten, Herrensachen,

Nähmaschinen, Kinderwagen, ganze Nachlässe, sowie Wohn.-Einricht. kauft **Paul Scholz, Matthiasstr. 132.** [3026

Ich verkaufe sehr billig etwas gebrauchte Blusen, Röcke für Damen u. Herren, auch einen elegant. Kinderwagen mit Gummirädern 15 Mk., 1 kl. Kleiderschrank 13 Mk., 1 Glasschrank 7 Mk., 1 fast neues Badesofa 29 Mk., 1 rot. Diwan 17 Mk., Uhren w. Mk. repariert Alsenstr. 36 bei Konschak. [3030

Ein wahres Wunder

scheint der Waschprozeß mit Persil — das neueste und vollkommenste Waschmittel der Gegenwart. Seine Waschkraft ist geradezu staunenerregend. Ohne Seife und Soda, ohne Waschbrett, Reiben und Bürsten, selbst ohne zweites Kochen, nur durch Hinzutun von

Persil allein, also ohne jede Mühe und Arbeit wird die **Wäsche**

dauernd blendend weiß, ohne sie im geringsten anzugreifen. Garantiert chlorfrei, unschädlich und gefahrlos!

Wir vergüten jeden Schaden, der nachgewiesenermaßen selbst bei falscher Anwendung durch Persil entstanden sein sollte.

Alleinige Fabrikanten: **Henkel & Co., Düsseldorf**

auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Schauspielhaus

Sommerspielzeit: Dir. Erich Ziegel.
Dienstag abends 8 Uhr:
„2 × 2 = 5".
Komödie in 4 Akten von Gustav Wied.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
„2 × 2 = 5".

Breslauer Sommer-Theater.
(Liebich's Etablissement.)
Dienstag, 8 Uhr,
Gastspiel **Else Lehmann**
„John Gabriel Borkman".
Schauspiel in 4 Akten
von Henrik Ibsen.
Im Garten: **Boeksig.**

Zeltgarten.
Dir. H. Kraincik.
Täglich
Künstler-Vorstellung
im Garten.
Entree 10 Pfg.

Palmengarten
Dir. H. Kraincik.
Zum 1. Male in Breslau:
„Hungaria"
ungarische Zigeunerkapelle.
10 Personen.
Entree frei.

Kammermusiksaal
(Breslauer Konzerthaus)
Täglich 8½ Uhr abends:
Neues Programm.
Gastspiel
Cabaret Rudolph Nelson.
„Chat noir"
aus Berlin 3037

Böttcher's Restaurant
(Elysium).
Täglich: **Konzert**
Breslauer Schauspielhaus-Kapelle.
Anfang 7 Uhr. — Entree frei.
Sonnabend und Sonntag:
10 Pfennige.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Vielliebchen, 10 Stück 20 Pfg.

Beliebt, gut, preiswert
und überall erhältlich, sind die Zigaretten
der
Compagnie Laferme
in Dresden: [2309

Vielliebchen Nr. 82 10 Stück 20 Pfg.
Reform Nr. 1 10 Stück 10 Pfg.

Vielliebchen, 10 Stück 20 Pfg.

Reform-Zigaretten, 10 Stück 10 Pfg.

Metall-putz Putzin
gibt den schönsten Hochglanz.
Das beste flüssige Putzmittel
Allein. Fabrik.: Fritz Schulz jun. A.-G., Leipzig.

Für Zigarrenmacher!! 1468
Alle Rohtabake
zur Zigarrenfabrikation empfehlen in größter Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
Breslau I, Hummerei 26.

Jede kluge Mutter 3027
gebraucht stets nur Spritzen, die aus dem Allein-Verkauf Werner Schlegel, Breslau I, Nikolaistr. 21 geführten D. R.-G.-M., 4, 6, 8, 10, 12 Mk.
Verletzung ausgeschlossen.
Für Damen separat I. Etg., Hauseingang.
Auswärts diskret Nachnahme.
Zahlreiche Anerkennungen.

Bettfedern und fertige Betten.
Reell! Billig!
Spez.: Brautausstattung.
Preisliste gratis und franko.
Julius Hammerschlag
Bresl., Reuschestr. 16/17. 1908

Die Gleichheit
Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen
Redigiert von Klara Zetkin
Eingetragen im Reichspostkatalog unter Nr. 3061
Preis p. Quart. 55 Pf. ohne Bestellgeld, der einzelnen Nummer 10 Pf.

Die Aufklärung der Kinder über geschlechtliche Dinge
von **Otto Rühle.**
Preis 20 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht

Beilage zu Nr. 139 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 17. Juni 1908.

Deutscher Freidenker-Kongreß.

Frankfurt, 12. Juni 08.

Die Hauptversammlung des Deutschen Freidenkerbundes hat mehrere auch für die Allgemeinheit wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen. Von besonderem Interesse ist, daß im Freidenkerbund sich eine starke Opposition aus Arbeiterkreisen gegen den Bundesvorstand geltend macht, die eine Neuregelung der inneren Organisationsverhältnisse herbeiführen will. Im Freidenkerbund, der einerseits aus Einzelmitgliedern, andererseits aus dem Bunde angeschlossenen Vereinen besteht, hat jedes Einzelmitglied — meist bürgerliche Ideologen — auch auf dem Kongreß Sitz und Stimme. Die angeschlossenen Vereine haben aber für je 50 Mitglieder auch nur 1 Stimme. Dadurch war es möglich, daß die Vereine auf dem Kongreß von den Einzelmitgliedern überstimmt werden konnten. Die Arbeitervereine wollen sich nun eine solche Majorisierung nicht mehr gefallen lassen. Sie beantragen, daß fürderhin auf dem Kongreß nur den von den Vereinen gewählten Delegierten Stimmrecht zusteht. Der Freidenkerverband von Rheinland-Westfalen beschloß kürzlich, mit seinen angeschlossenen Vereinen aus dem Bund auszutreten, falls es nicht zu einer Aenderung komme. Und dasselbe beabsichtigen bayerische Vereine und einige Freidenkervereine in Norddeutschland. Bei Festsetzung der Tagesordnung wurde beschlossen, diesen Punkt besonders zu behandeln, auch sollen die Neuwahlen erst nach Erledigung dieser Frage vollzogen werden.

Zunächst erstattete am ersten Verhandlungstage der Bundespräsident, Herr Prediger

G. Tschirn-Breslau

den Jahresbericht. Er besprach einleitend die Rechtsfähigkeit des Bundes und kritisierte, daß die preußische Regierung nach jetzt über zwei Jahren die Genehmigung zur Annahme des Vermächtnisses von 10.000 Mark noch immer nicht erteilt habe. — Die Agitation für den Austritt aus der Landeskirche sei in den letzten Jahren sehr energisch betrieben worden und seien in dieser Zeit ungefähr 30—40.000 Personen in Preußen aus der Kirche ausgetreten. Wegen eines Aufrufs zum Austritt aus der Landeskirche sei er und zwei sozialdemokratische Redakteure vor Gericht zitiert worden. Seltsamerweise seien bürgerliche Blätter, die den gleichen Aufruf wie die sozialdemokratischen abdruckten, nicht angeklagt worden. (Das trug sich natürlich in Breslau zu. Red.) Die Anklage habe aber trotz allem mit einem Freispruch geendet. — Der Unterricht von Dissidentenkindern wurde in einigen Städten behindert. Der Bund werde aber seine Rechte mit allen juristischen Mitteln wahrzunehmen verstehen. Auf die vergangenen zwei Jahre könne der Bund mit Befriedigung zurückblicken, der freie Gedanke sei eine größere Macht und der Bund gestärkt worden.

Der Geschäftsführer des Bundes, Herr **Schmahl**-München, berichtete über die

Mitgliederbewegung.

Die Zahl der persönlichen Mitglieder sei in den Berichtsjahren von 500 auf 750 gestiegen. 20 neue Vereine hätten sich dem Bund angeschlossen, 4 Vereine seien ausgetreten. Die Freidenkerzeitung habe eine Auflage von 3800 Exemplaren. Der Rechnungsabschluß ergibt, daß bei einem Kassenbestand von 1844,44 Mark die Einnahmen und Ausgaben mit 10.573,35 Mark balanzieren. Das Bundesvermögen beträgt 6986,06 Mark.

Die Diskussion über die Berichte war sehr ausführlich. **Lederer**-München griff den Geschäftsführer heftig an, der gegen die Interessen der Freidenker in München verstoßen habe. Der „Freidenker“ verzehre die ganze Einnahme; für die Agitation bleibe nichts übrig. Der Geschäftsführer und der Bundespräsident verteidigten demgegenüber ihre Tätigkeit. Ein Delegierter wünschte, die sozialdemokratischen Zeitungen sollten mehr Propaganda für den Austritt aus der Landeskirche machen.

Genosse **Agnes**-Düsseldorf erwiderte ihm, daß gerade die sozialdemokratischen Zeitungen und die sozialdemokratische Partei die Bestrebungen des Freidenkertums am meisten unterstützen.

Herr **Wolf**-Metz polemisierte gegen den „Atheist“, der sage, die Freidenker müßten sozialdemokratisch sein. Es dürften keine parteipolitischen Bestrebungen in den Bund hineingezogen werden.

Es sprachen noch verschiedene Redner zu diesem Punkte, dann kamen die Anträge bezüglich der Reorganisation des Freidenkerbundes zur Beratung.

Dr. **Weigt**-Hannover begründet einen Antrag der Ortsgruppe Hannover, der die Gaueinteilung befürwortet und schließt: „Die Einzelmitglieder haben sich einem Ortsverein anzuschließen, andernfalls gelten sie nicht als Mitglieder des Freidenkerbundes, sondern nur als Abonnenten des Bundesorgans, und haben auf den Hauptversammlungen des Bundes kein Stimmrecht.“

Redner betonte, die Bestrebungen des Bundes würden durch die Vereine und nicht durch die Einzelmitglieder durchgeführt. Es sei ein Unding, daß ein Einzelmitglied soviel Rechte habe, wie 50 und mehr Mitglieder der Vereine. Die Gründung von Gauverbänden sei aus praktischen und taktischen Gründen geboten.

Schulte-Köln begründete einen vom Verband bayerischer Freidenker gestellten Antrag ähnlichen Inhalts. Die Einzelmitglieder besäßen ein Vorrecht, das seine Grundlage im Mammon habe. Das Gerechtigkeitsgefühl müßte die Einzelmitglieder dahin führen, daß sie auf das Vorzugsrecht verzichten. Es gebe leider Freidenker, die mit den Gesinnungsgenossen der schwieligen Faust nicht gerne zusammensitzen, und auf diese werde zuviel Rücksicht genommen. Der Bund müsse aber der Masse des Volkes entgegenkommen.

Das Korreferat, die Verteidigung des bisherigen Zustandes, hatte

Genosse **Vogtherr**-Wiesbaden

übernommen. Er verteidigte die bürgerlichen Freidenker, die doch nicht für alles, was die bürgerlichen Parteien verbrechen, verantwortlich gemacht werden könnten. Als Freidenker müsse man nicht auch Sozialdemokrat sein. Das Freidenkertum dürfe nicht mit Partei- und Tagespolitik vermischt werden, denn dies sei ein Gebiet, wo alle Freidenker einig und alle Kräfte vereint sein müßten. Die Einzelmitglieder würden den Kongreß nicht majorisieren.

Prediger **Tschirn**-Breslau besprach die Entstehung des Bundes, der doch von Einzelmitgliedern geschaffen worden sei. Die Anträge würden eine Sprengung des Freidenkerbundes und eine Vergewaltigung der Einzelmitglieder bedeuten. Sie hätten keine Zentralisation, sondern eine Dezentralisation zur Folge. Die bisherige Bundestätigkeit würde zerstört.

In demselben Sinne sprach Dr. **Bruno Wille**-Berlin und noch einige Redner. Dann wurden die Verhandlungen vertagt.

* * *

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Debatte über die mitgeteilten Anträge fortgesetzt. Sie war teilweise sehr heftig, wie überhaupt die heutigen Verhandlungen sehr erregt geführt wurden. Schließlich wurden die Anträge von Hannover und Rheinland-Westfalen zurückgezogen und von Dr. Weigt-Hannover und Schulte-Köln eine Vermittelungsresolution eingebracht. Für den Verband von Rheinland-Westfalen erklärt Schulte-Köln, daß diesem trotzdem die Forderung auf Beseitigung des Stimmrechts der Einzelmitglieder aufrecht erhalte. Der bayerische Antrag, der dasselbe verlangt, wurde nicht zurückgezogen. Er kam mit 31 gegen 76 Stimmen zur Ablehnung und der Vermittelungsantrag wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Er lautet:

„Die Hauptversammlung des Deutschen Freidenkerbundes in Frankfurt a. M. empfiehlt den Zusammenschluß der örtlich einander nahe gelegenen Vereine des Bundes zu Gauverbänden zum Zwecke der Organisation im engeren Bezirk, zur Vermittelung von Vortragstourneen, zur Propaganda und zur Begründung von neuen Vereinen im engeren Bezirke. Ihre innere Organisation bleibt ihnen, natürlich im Rahmen der Bundessatzungen, zu selbständiger Beschlußfassung überlassen. Empfehlenswert ist es, neu sich meldende Einzelmitglieder den Gauverbänden in der Nähe zu überweisen, doch soll in Zukunft gestattet sein, auch ferner als Einzelmitglied dem Bunde beizutreten.“

Die Einzelmitglieder haben also auch ferner Stimmrecht auf den Kongressen. Es berichtete nun die gestern eingesetzte Kontrollkommission, daß die Bücher 2c. in bester Ordnung gefunden wurden und die Bilanz richtig sei. Die Angriffe Lederers-München gegen den Geschäftsleiter seien vollständig ungerechtfertigt. Dem Geschäftsführer, Schmal-München, wurde Decharge erteilt und dann die Neuwahlen vorgenommen. **Tschirn** wurde per Akklamation zum Bundespräsidenten, Schmal als Geschäftsführer und Dr. **Wille** als Redakteur des „Freidenker“ wiedergewählt. In den Ausschuß wurden **Schulte**-Köln und Dr. **Weigt**-Hannover neugewählt und **Vogtherr**, **Gerling** und **Friederice** wiedergewählt.

In der Nachmittagssitzung wurden die noch vorliegenden Anträge eingehend erörtert. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung über die Möglichkeit der Gründung eines besonderen

sozialdemokratischen Freidenkerbundes.

Die Geschäftsstelle hatte eine Erhöhung der Beiträge beantragt. Davor warnte **Agnes**-Düsseldorf, denn diese würde nur den Vereinen, die die Gründung eines besonderen sozialdemokratischen Freidenkerbundes im Auge hoben, Wind in die Segel treiben. Dr. **Wille** erklärte, eine eventuelle Trennung sei kein Unglück, sie erscheine ihm unbedenklich, wenn sich nachher beide Teile freundlich gegenüberständen. Es habe sich ja schon eine Gruppe sozialistischer Freidenker-Vereine — die sich um den Atheisten scharen — gebildet. Andere Redner warnten vor einer Spaltung in einen sozialdemokratischen und einen bürgerlichen Freidenkerbund. Nach weiteren Ausführungen zu den Anträgen wurde beschlossen, den Mindestbeitrag für Einzelmitglieder von 3 Mark auf 4 Mark zu erhöhen und die Kopfsteuer für die Ortsgruppen des Bundes pro Mitglied und Jahr auf 20 Pfg. festgesetzt. Vereine bis zu 50 Mitgliedern sollen zur Zahlung von 5 Mark Bundesbeitrag pro Jahr verpflichtet sein. Angenommen wurde ferner ein Antrag, nach dem das Stimmrecht der Mitglieder ruht, wenn sie bis zur Hauptversammlung ihren statutenmäßigen Verpflichtungen gegen den Bund nicht nachgekommen sind, und eine Resolution, die zur Betätigung an der Propaganda für den Frieden auffordert. Dem Ausschuß überwiesen wurde der Antrag, eine Besprechung der Alkoholfrage in ihrer Beziehung zum Freidenkertum vorzunehmen, eventuell eine solche Besprechung auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen. Der Ausschuß soll weiter in Gemeinschaft mit dem Ausschuß der freireligiösen Gemeinden eine Eingabe an alle Landtage bezw. den Reichstag zur Regelung des Kirchenaustritts und zur Befreiung der Kinder von Dissidenten, Freireligiösen usw. vom konfessionellen Schul-Religionsunterricht einreichen.

Der nächste Kongreß soll im Herbst 1909 in Düsseldorf, als Antwort auf den Katholikentag, stattfinden.

Damit waren die Arbeiten des Freidenkerkongresses, der auch eine interessante Auseinandersetzung über Trennung von Staat und Kirche, von Schule und Kirche in einer öffentlichen Versammlung brachte, beendet. Mit einem aufeuernden Schlußwort vom Bundesvorsitzenden Tschirn wurde er geschlossen.

7. Internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Wien, 30. Mai.

Vom 24. bis 30. Mai tagte im Wiener Arbeiterheim der 7. internationale Kongreß. Als Vizepräsident fungiert bei allen Sitzungen der Pfarrer Eugster-Schweiz. 9 Staaten sind durch 92 Delegierte vertreten, die gemeinsam die Fragen: Verkürzung der Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Prämiensystem usw. beraten sollen um durch gemeinsame Beschlüsse einen Schutzwall für die Textilarbeiter aller Länder gegen brutale Ausbeutungen zu schaffen. Nach dem Bericht des internationalen Sekretärs ist die Einsetzung des Komitees für alle angeschlossenen Länder von sehr großem Vorteil gewesen, dadurch ist eine ständige Verbindung der Textilarbeiter zwischen Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, Schweiz, Dänemark, Holland und Ungarn geschaffen worden. In den meisten Ländern haben sich die Durchschnittslöhne gesteigert und die Arbeitszeit ist verkürzt worden. Der Sekretär berichtet ferner über die Wandlung, die in England vor sich geht. Dort hat man ebenfalls eingesehen, daß auch die dortige Arbeiterschaft für die Erringung des Achtstundentages eintreten muß und auch in politischer Beziehung vollzieht sich in England ein Wechsel; man fängt an zu begreifen, daß die Arbeiterschaft nicht nur durch die gewerkschaftliche, sondern mehr durch die politische Agitation einen Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen kann. Von der deutschen Delegation wird gewünscht, daß der Sekretär seine Aufmerksamkeit mehr auf Schweden und Rußland lenken möge, damit das Netz der Internationale sich um alle Länder spanne und dazu beitrage, daß durch die Organisation der Arbeiter selbst ein Fortschritt in der Arbeiterschutzgesetzgebung der einzelnen Länder eintrete. Auch in Deutschland haben die Arbeiter kein Vertrauen zur Reichsregierung, auch dort werden diese sich nur durch gewerkschaftliche und politische Organisationen einen Einfluß sichern.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Sascha Schneider, Professor an der Weimarer Akademie gibt seine Lehrtätigkeit dort auf und verläßt Deutschland; er gedenkt sich dauernd in Rom niederzulassen. Es ist überhaupt zu bewundern, daß dieser ernste Maler in der höfisch-stickigen Luft von Neu-Weimar bisher hat leben können. Die puritanisch-banausische Weimarer Gesellschaft, die sich über Rodin entsetzt, kann natürlich auch Sascha Schneider nicht verstehen.

Eine elektrische Küche 3000 Meter über dem Meer. Auf der Station Eismeer der Jungfraubahn befindet sich 3000 Meter über dem Meer ein tadellos eingerichtetes Restaurant. Hinter gewaltigen Spiegelscheiben, die den Ausblick auf die wunderbare Hochgebirgslandschaft ermöglichen, befinden sich im Felsen eingehauene Lokalitäten. Die Erwärmung und die Zubereitung der warmen Speisen erfolgt hier jedoch nicht wie sonst durch Holz oder Kohle, beides ist in der Küche nicht vorhanden und sein Transport würde unverhältnismäßige Kosten verursachen, sondern mit Hilfe von elektrischer Energie, die tief unten im Tale aus dem brausenden Wassergefälle der Lütschine gewonnen wird. Für über 100 Personen kann auf diese Weise eine Mahlzeit von fünf Gängen in kurzer Zeit zubereitet werden, wobei die sogenannten Papinschen Töpfe Verwendung finden, weil in der dünnen Luft da oben das Wasser schon bei erheblich niedrigerer Temperatur verdampfen würde, als es zum Garkochen der Speisen erforderlich ist. Kochkessel von 2 bis 70 Liter Inhalt, warme Platten, Brat- und Backöfen sind vorhanden. Der Energieverbrauch beläuft sich auf etwa 30 K.-W.-A. Auch die Erwärmung der Felsenkammern geschieht in gleicher Weise mit Hilfe des elektrischen Stromes. Wer von Scheidegg aus auf der Jungfraubahn diesen wundervollsten Aussichtspunkt bequem erreicht, versäume nicht, neben den Wundern der eisigen Hochgebirgsnatur auch diese wundervollen Einrichtungen moderner Technik sich anzuschauen, die den Aufenthalt in 3000 Meter Höhe so angenehm gestalten und: das reichliche Schreiben von Ansichtspostkarten mit dem Aufdruck „Station Eismeer“ in aller Gemütlichkeit ermöglichen.

Gegen die Zulassung von Frauen als Universitäts-Lehrerinnen verhält sich, wie schon kurz erwähnt, das Kultusministerium ablehnend. Zur Geschichte dieser Entscheidung wird der „Köln. Ztg.“ folgendes mitgeteilt: Ende 1906 suchte eine Dame, die, im Besitze der Doktorwürde, an einer preußischen Universität als Assistentin tätig war, um Niederlassung als Privatdozentin beim Kultusministerium nach. Bei der allgemeinen Bedeutung, die die zu treffende Entscheidung zweifellos für alle Fakultäten und Universitäten haben mußte, sah sich das Kultusministerium veranlaßt, den Fall mit Rundschreiben vom 19. Januar 1907 sämtlichen akademischen Behörden zur Begutachtung zu unterbreiten. Die ganz überwiegende Mehrheit der eingegangenen Antworten lautete dahin, daß die Zulassung der Frauen zur akademischen Laufbahn weder mit der gegenwärtigen Verfassung, noch mit den Interessen der Universitäten vereinbar sei. Diesem Votum sich anschließend, lehnte das Kultusministerium das vorliegende Gesuch um Habilitation grundsätzlich ab.

Jedenfalls ist diese Mitteilung der „Kölnischen Zeitung“ ein neuer Beitrag zur Charakteristik der deutschen Universitätsbehörden. Wenn die Professoren von diesem engherzigen, rückschrittlichen Geiste beseelt sind, was soll man dann von dem Minister erhoffen. Der entsetzliche Gedanke ist nicht auszudenken, daß den preußischen Professorenperücken eine weibliche Kollegin zugesellt würde. Das widerspreche aller Tradition und den Anschauungen des siebzehnten Jahrhunderts; und solcher Lächerlichkeit dürfen sich die Erleuchteten der preußischen Wissenschaft nicht aussetzen.

Aus aller Welt.

Eine Einsturz-Katastrophe, bei der ein Arbeiter getötet, ein anderer schwer verletzt wurde, hat sich am Sonnabend auf dem Anhalter Güterbahnhof ereignet. Der 54 alte Rohrleger Ivers wurde von einem Baublock niedergeschlagen und auf der Stelle getötet. Der Maurer Kelling wurde auch verschüttet, konnte aber von der Feuerwehr aus den Trümmern noch lebend gezogen werden. Der Verunglückte hatte einen Bruch des Armes davongetragen und Quetschungen erlitten.

Die Leipziger Leichenfund-Affäre ist mysteriöser als je. Der Verdacht gegen die verhaftete Tischlersehefrau Lohman schmilzt mehr und mehr zusammen, und selbst die Ableitung des Pleißeflusses hat nicht den Kopf der Emma Heine zutage gebracht. Mit Hunden werden jetzt Wald und Wiesen abgesucht, da man annimmt, daß der Kopf vergraben wurde. Die Staatsanwaltschaft setzt 500 Mk. Belohnung auf die Ermittelung der Täter und die Herbeischaffung des Kopfes aus.

Ohne Obdach und Nahrung lagern seit mehreren Tagen auf einer in einem Wald ausmündenden Spitze des Neutral-Moresnet-Gebietes zwischen Belgien, Holland und Preußen acht Männer, die durch Agenten verlockte Auswanderer aus Mazedonien sind. Die Leute wollen in ihre Heimat zurückkehren, werden aber von keinem der angrenzenden Länder über die Grenze gelassen; sie erhalten den nötigsten Lebensunterhalt durch mitleidige Leute der Umgegend. Ein Mazedonier soll bereits gestorben sein.

Ein merkwürdiger Kranker. In der Pariser Academie de medicine berichtete Professor Dieulafoy über einen seltsamen Kranken einen dreißigjährigen Mann, der seit 2½ Jahren anscheinend an zahlreichen brandigen Stellen an den Armen litt, deren Schorf sich ablöste und weiterfressende Wunden zurückließ. Der Kranke hat 18 Aerzte und Chirurgen konsultiert, die auf alle möglichen Krankheitsursachen schlossen und die verschiedensten Behandlungen versuchten. Vor zwei Jahren schlug ein Chirurg nach vergeblichen anderen Versuchen eine Amputation des linken Armes vor; der Kranke willigte ein, und die Amputation wurde vorgenommen. Ein Jahr darauf begann aber das Uebel von neuem und griff auch auf den linken Fuß über. Jetzt wurde Dieulafoy hinzugezogen, und dieser stellte, nachdem alle anderen Ursachen ausgeschaltet waren, fest, daß der Mann ein Simulant war, der sich die Wunden mit Aetzkalk selbst beibrachte. Nur chemische Einwirkungen konnten so schnelle Veränderungen auf der Haut hervorrufen. Schließlich gestand der Kranke auch selbst ein, daß er sich seit 2½ Jahren die Wunden selbst beigebracht hatte. Er hatte es getan aus dem unwiderstehlichen Wunsch, sich solche Wunden zu verursachen, die ihn interessant und bemitleidenswert machten.

Eine blutige Ehetragödie spielte sich auf dem Bahnhof in Mailand ab. Die entführte Frau eines Kaufmanns, eine geborene Gräfin aus Bologna, wollte zu ihrem Ehemann zurückkehren, der sie auf dem Bahnhof in Mailand erwartete. Zwischen dem Entführer, der die Frau zurückbegleitete und dem Ehemann kam es dabei zu einer Schießerei. Der Ehemann wurde von dem Entführer seiner Frau in die Brust geschossen.

Eine unterirdische maurische Festung in Portugal. Wie aus Lissabon gemeldet wird, herrscht in Serra Loiro, im südlichen Portugal, große Aufregung über die Entdeckung einer unterirdischen maurischen Festung, die außerordentlich reich an Schätzen sein soll. Sie besteht aus einer sehr ausgedehnten Reihe von unterirdischen Gängen und Kammern, Ställen und Vorratsräumen, und sie ist augenscheinlich eingerichtet worden, als die Mauren sich von den Portugiesen, die den Norden des Landes innehatten, hart bedrängt sahen. Hunderte von Skeletten wurden in den unterirdischen Räumen gefunden, dann aber auch ein großer Vorrat von alten Waffen, Dolchen, Schwertern und krummen Säbeln, von denen viele mit kostbaren Steinen besetzt sind. Schließlich wurden auch große Vorräte von Gold- und Silbermünzen gefunden. Man macht immer noch neue wertvolle Funde und setzt die Nachforschungen mit großem Eifer fort.

Der nächste Verhandlungspunkt „Der gesetzliche Arbeiterschutz, a) Frauen- und Kinderarbeit, b) Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden" wird namens der deutschen Delegation vom Genossen Wagner-Berlin erörtert. In präziser Form erläutert dieser die Forderungen des internationalen Kongresses: Völliges Verbot der nicht durch ganz außergewöhnliche Verhältnisse und Ereignisse bedingten Nachtarbeit, achtstündiger Maximalarbeitstag, freier Sonnabend Nachmittag, Verbot von Ueberzeitarbeit, Beschränkung der täglichen Arbeitszeit für Frauen, die einem Hauswesen vorstehen und Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren auf 6 Stunden, Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren, strenge Bestrafung aller Uebertretungen von Arbeiterschutzbestimmungen.

Der Kongreß fordert weiter eine wirksame Arbeitsaufsicht und daß die Arbeiter das Recht bekommen, selbst die Aufsichtsbeamten zu wählen. In Deutschland werden viele Kinder aus Galizien und Ungarn in Jutespinnereien beschäftigt, die das vorgeschriebene Schutzalter noch nicht erreicht haben und mit gefälschten Ausweispapieren versehen sind. Photographische Aufnahmen solcher Kinder, die in den Leipziger Wollkämmereien, sowie in der Vechelder Jutespinnerei beschäftigt sind und die dem Kongreß zur Ansicht vorliegen, erhärten diese Behauptung. Bei der Diskussion über die Forderungen kommen die in vieler Hinsicht geradezu reaktionären Ansichten der englischen Gewerkschaftler recht drastisch zum Ausdruck. Während die Vertreter aller anderen Nationen ihr Einverständnis mit diesen Forderungen erklärten, bezeichnete Groß-England die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen als ein schönes Ideal, aber praktisch undurchführbar. Das schönste Ideal sei, wenn die Frauen überhaupt nicht erwerbstätig zu sein brauchten. Auch das vollständige Verbot der Kinderarbeit findet nicht den Beifall der englischen Delegation, ein diesbezüglicher Antrag ist auch im Hause der Lords verworfen und nur eine Erhöhung des Schutzalters auf 13 Jahre erzielt worden.

Seitens der österreichischen Delegation tritt Genosse Hanusch den Engländern in temperamentvoller Weise entgegen und bezeichnet ihre Auffassung betreffs des Verbots der Frauenarbeit als reaktionär und im Widerspruche stehend mit der Arbeiterbewegung des Kontinents. Die aufgeklärte denkende Frau will bei uns kein Verbot der Frauenarbeit, wohl aber weitgehende Schutzbestimmungen im Interesse der gesamten Menschheit und im übrigen solche staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen, die die vollständige wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau herbeiführen und sicherstellen. Die Ansichten der Engländer seien denen der Bierbankpolitiker gleich, der internationale Sekretär möge klipp und klar erklären, ob er auch solchen Anschauungen huldige, da es nicht angängig sei, mit solchen rückständigen Ansichten an der Spitze der internationalen Textilarbeiterbewegung zu stehen. Eine Resolution wird angenommen, die besagt, daß die Arbeiter aller Länder sich zur Durchsetzung ihrer Forderungen auch der politischen Bewegung bedienen sollen und daß sie sich dabei der Partei anzuschließen haben, die allein auf dem Boden des Klassenkampfes steht.

Die Abschaffung des Prämiensystems wird von England gefordert und nach eingehender Begründung seitens der englischen Delegation eine diesbezügliche Resolution angenommen. — Die dänischen Delegierten beantragen, die Abschaffung des Akkordsystems zur Debatte zu stellen, da dieses eng mit dem Prämiensystem verbunden sei. Die Engländer erklären sich gegen die Behandlung dieser Frage und enthalten sich der Abstimmung. Alle übrigen Nationen sprechen und stimmen für Beseitigung der Akkordarbeit. Von England werden die kontinentalen Nationen dringlich auf die Erhöhung ihrer Beiträge aufmerksam gemacht, weil die Macht der Gewerkschaften im höchsten Maße von der finanziellen Stärke abhängt. In England habe man bereits 24 Millionen angesammelt, selbst Arbeiterinnen zahlten dort bis zu 80 Heller Wochenbeiträge und nur durch die finanziellen Opfer der englischen Arbeiter seien deren wirtschaftliche Verhältnisse derart, daß sie den Arbeitern auf dem Kontinent als Muster dienen können.

Die Frage des Mehrstuhlsystems wird von der französischen Delegation angeschnitten und schließlich dem internationalen Komitee zur Regelung überwiesen. Die Resolution zum internationalen Streikfonds wird von Rössel-Berlin begründet. Es wird allen Nationen zur Pflicht gemacht, ihre Beiträge derart zu erhöhen, daß sie aus eigener Kraft ihre Kämpfe für Verbesserung ihrer Lebenslage führen können. An Beiträgen zu diesem Fonds sollen die Organisationen pro Kopf und Jahr 10 Zentimes zahlen. Die Engländer nehmen auch hier wieder einen Sonderstandpunkt ein und wollen nur 2 Zent zahlen, dafür aber auf die Hilfe aus dem internationalen Streikfonds verzichten. Hanusch-Oesterreich tritt diesen Ansichten energisch entgegen und weist nach, daß die Engländer trotz ihrer starken Organisation genau dieselben Interessen am Ausbau der internationalen Bewegung haben, wie die Arbeiter des Kontinents. Anderson-Dänemark will gar keinen Streikfonds, sondern Sammlungen von Fall zu Fall veranstaltet wissen. Dem Streikreglement stimmen 7 Nationen zu. Zur Frage der Ein- und Auswanderung wünscht Renard-Frankreich eine größere Solidaritätskundung, damit die fremdsprachigen Arbeiter eines Landes nicht schutzlos der Ausbeutung preisgegeben sind. Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt. Der nächste Kongreß soll in Holland abgehalten werden. — Der bisherige internationale Sekretär wird wiedergewählt.

Partei-Angelegenheiten.

Die Nachfrage nach Redakteuren ist in unserer Partei infolge des Ausbaus der Presse zurzeit eine sehr starke. In der letzten Nummer (75) der Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse werden nicht weniger als fünf Redakteure gesucht: ein vierter (gewerkschaftlicher) für die „Arbeiter-Zeitung" in Dortmund, eine erste Kraft, die auch rednerisch tätig sein kann, für das „Volksblatt" in Halle, ein politischer Redakteur für das „Harburger Volksblatt", ein „leitender erster Redakteur" für das „Offenbacher Abendblatt" und ein „akademisch gebildeter, theoretisch und historisch geschulter politischer Redakteur" für die „Volkszeitung" in Leipzig. — Arbeitersekretäre wurden gesucht nach Stettin und Kiel.

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Gegen Genossen wurde wegen ihrer Tätigkeit in der modernen Arbeiterbewegung im Monat Mai 1908 von deutschen Gerichten auf 10 Monate 3 Tage Gefängnis und 3421 Mk. Geldstrafe erkannt.

Arbeiterbewegung.

Bauarbeiterschutz. Der liberale Stadtmagistrat in Kempten hat den Antrag des dortigen Gewerkschaftskartells auf Anstellung eines Baukontrolleurs aus Arbeiterkreisen abgelehnt, weil die Bauunternehmer erklärt hatten, es liege hierfür kein Bedürfnis vor und weil in den letzten zwei Jahren „nur" 158 Bauunfälle vorgekommen seien. — Einige Tage nach Ablehnung dieses Antrages stürzte ein Bauarbeiter ab; er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht. Grund des Unfalles: Fehlende Schutzvorrichtungen!

Die Dockarbeiter in Toulon, die mit dem Verladen von Erz beschäftigt sind, haben den Ausstand erklärt, nachdem ihnen die geforderte Lohnerhöhung von 5 auf 6 Francs täglich verweigert worden ist. Zahlreiche Schiffe sind infolge der Arbeitseinstellung lahmgelegt. In ihrer heutigen Versammlung beschlossen die Ausständigen bis zum äußersten zu kämpfen und sich der Einstellung von Ersatzarbeitern zu widersetzen. Die Hafenbehörden haben ihre bekannten „Schutzmaßregeln" getroffen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 16. Juni.

Geschichtskalender.

17. Juni.

1810 Ferdinand Freiligrath in Detmold *.
1818 Der Komponist Charles Gounod in Paris * (Margarete).
1900 Erstürmung der Takuforts.
1907 In Petersburg werden nach der Dumaauflösung 700 Personen verhaftet.

* **„Nur nicht so eilig, verehrter Herr Neukirch, Sie kriegen auch noch ein Strafmandat dazu!"** Das ist so ungefähr der Inhalt der Antwort des Breslauer Polizeipräsidenten auf die Anfrage, weshalb Kommissarius Schmidt die Mitglieder- und Wahlmännerversammlung am vergangenen Freitag Abend aufgelöst hatte. Ihr ganzer Text lautet folgendermaßen:

Der Königliche Polizei-Präsident. **Breslau,** den 15. Juni 1908.

Bescheid auf die am 14 d. M. hier eingegangene Eingabe vom 13. d. M.

Nach einem Artikel in Nr. 133 der „Volkswacht" vom 10. d. M. war die für Freitag, den 12. d. M., nach dem großen Saale des Gewerkschaftshauses einberufene Versammlung nicht nur für die sozialdemokratischen Wahlmänner, sondern auch für die übrigen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins veranstaltet, und wurden auch die Frauen gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Der erwähnte Verein umfaßt räumlich das Stadtgebiet Breslau; die Mitgliederzahl wird seitens der „Volkswacht" selbst im Februar d. J. auf über 6000 angegeben.

Der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft ist an recht geringe und leicht zu erfüllende Voraussetzungen geknüpft, und der Mitgliederbestand ist fortdauernd einem erheblichen Wechsel unterworfen. Unter diesen Umständen bilden die Mitglieder des Vereins keinen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen (Entsch. d. R.-G. in Strafsachen Bd. 21 S. 256), und die Versammlung vom 12. d. M. trug schon dieserhalb die Merkmale einer öffentlichen Versammlung an sich. Wie oben bereits angeführt, wurden ferner auch Frauen, welche bis zum 15. d. M., dem Tage des Inkrafttretens des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April d. J., überhaupt nicht Mitglieder dieses politischen Vereins sein konnten, öffentlich in der sozialdemokratischen Lokalpresse zu zahlreichem Erscheinen in dieser Versammlung gebeten, und es waren dort bei etwa 600 Besuchern auch gegen 100 Frauen anwesend.

Durch eine Notiz in Nr. 135 der „Volkswacht" vom 12. d. M. wurde zwar darauf aufmerksam gemacht, daß nur die Zutritt haben, die sich durch ihr Mitgliedsbuch oder ihre Karte als Mitglieder des Vereins aufweisen können.

Die beiden von mir in die Versammlung entsandten Polizeibeamten haben aber übereinstimmend beobachtet, daß eine auch nur einigermaßen zuverlässige Feststellung, daß nur berechtigte Inhaber eines Mitgliedsbuches, also nur wirkliche Mitglieder des Vereins, zu der Versammlung Zutritt erlangten, überhaupt nicht stattgefunden hat. Eine solche Feststellung wäre auch den anscheinend mit einer Kontrolle der den Eingang zum Versammlungsraum passierenden Saalbesucher beauftragten Personen schon in Rücksicht auf den großen, einem fortlaufenden erheblichen Zu- und Abgange unterworfenen Mitgliederbestand des Vereins, sowie bei der Kürze der Zeit tatsächlich unmöglich gewesen.

Die Versammlung war demnach als eine öffentliche zu erachten.

Sie war aber auch eine politische in Rücksicht auf die in der „Volkswacht" Nr. 133 bekannt gegebene und auch erledigte Tagesordnung. Da zu der Versammlung alle Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins, unter welchen sich auch — was statutengemäß zulässig ist — noch nicht 24 Jahre alte Personen in größerer Zahl befinden, sowie ferner Frauen, also nicht für den Landtag wahlberechtigte Personen, eingeladen waren und auch gegen 100 Frauen im Saale gesehen wurden, so kann davon, daß es sich im vorliegenden Falle um eine Wahlmänner-Versammlung gehandelt habe, selbstverständlich nicht die Rede sein und es greift hier nicht die Bestimmung des § 6 Abs. 2 des Reichsvereinsgesetzes Platz, sondern es waren die Vorschriften der §§ 5, 6 Abs. 1, 13, 14 und 18 Ziff. 2 und 3 a. a. O. in Anwendung zu bringen.

Nachdem Sie als Veranstalter und Leiter der Versammlung die beiden Beauftragten der Polizeibehörde zum Verlassen der Versammlung aufgefordert, ihnen also die weitere Zulassung zu derselben verweigert hatten, haben diese die Versammlung gemäß § 14 Ziffer 3 a. a. O. mit Fug und Recht aufgelöst.

Wegen Unterlassens der Anzeigeerstattung, bezw. der formgerechten öffentlichen Bekanntmachung wird gemäß § 18 Ziffer 2 a. a. O. das Erforderliche veranlaßt werden.

Dr. Bienko.

Der Herr Polizeipräsident sieht also die Versammlung nicht als eine Wahlmännerversammlung an, weil auch die übrigen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins zu ihr eingeladen waren. So weit ist Genosse Neukirch ganz mit ihm einverstanden. Dann geht er aber weiter und erklärt, diese Mitglieder-Versammlung sei eine öffentliche. Zu dieser Beweisführung braucht er drei Stricke, einer von ihnen wird schon halten, denkt er wahrscheinlich, wenn auch die anderen platzen. Nehmen wir also den zerfressensten zuerst. Die Versammlung war angeblich eine öffentliche, weil auch Frauen anwesend waren — etwa 100 — die vor dem neuen Vereinsgesetz nicht Mitglieder sein konnten. Das stimmt auffällig. Nur vergißt der Herr Präsidente, daß sie eben jetzt Mitglieder sind und sich ebenfalls durch Vorzeigung ihres Buches legitimierten. Der erste Strick reißt also unbedingt! Nehmen wir den zweiten vor. Bei der großen Zahl der Mitglieder und der kurzen Zeit, sei es den Türkontrolleuren garnicht möglich gewesen, eine wirksame Kontrolle auszuüben und infolgedessen seien auch Nichtmitglieder anwesend gewesen, was die Herren von der Polizei zu beweisen haben werden. Es lag in eigenstem Interesse des Vereins, nur Mitglieder an diesem wichtigen Beschluß für die Partei teilnehmen zu lassen, keine Schlachtenbummler, deshalb wurde die Kontrolle strenger als sonst geübt. Aber auch die Anwesenheit einiger Gäste ändert den Charakter einer Vereinsversammlung noch durchaus nicht. Also wir fürchten: Der zweite Strick reißt auch. Bleibt noch der dritte und der ist tatsächlich von Gummi, da wäre vielleicht etwas zu machen. Die Kautschuk-Auslegung von der großen Mitgliederzahl, dem weiten räumlichen Gebiete und der leichten Mitgliederbewegung kann unter Umständen die ganze zweitwichtigste Neuerung des Vereinsgesetzes außer Kraft setzen — sie macht den Paragraphen von den öffentlichen Versammlungen überflüssig, indem sie alle sozialdemokratischen Vereinsversammlungen einfach für öffentlich erklärt. Ehe wir uns unter diese das Gesetz vergewaltigende Auslegung beugen, wollen wir sie aber doch von dem Gericht bestätigt sehen — das sind wir uns, den politischen Vereinen Deutschlands und dem Reichstag schuldig, der das Gesetz beschloß.

Und damit hat unser Polizeipräsident dafür gesorgt, daß sein Name bei den Verhandlungen der Parlamente, des Reichstags und des Landtags, bald wieder als einer der ersten prangen wird — freilich gerade nicht als Vorkämpfer für die Erweiterung der Volksrechte, wohl aber als ihr ärgster Gegner.

Breslauer Straßenbahnfragen.

Unter den Vorlagen von erheblicher Tragweite, welche in der gestrigen Tagung der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung zur Beratung und teilweise auch zur Erledigung kamen, nahmen die fünf Straßenbahn-Vorlagen den breitesten Raum ein.

Beginnen wir mit derjenigen, die für unsere Mitbürger das aktuellste Interesse hat, so ist zu melden, daß der

Umsteigeverkehr für 15 Pf.

der fortan zwischen den Linien der Städtischen Straßenbahn und der sogenannten Gräbschener Gesellschaft stattfinden wird, nach allgemeinem Wunsche, den auch der Referent, Stadtv. Heilberg, teilt, noch vor den großen Ferien in Kraft treten soll. Das Verlangen nach 10 Pfennigkarten für diesen Umsteigeverkehr ist aber so groß, daß noch eine Beratung im Ausschuß II der Versammlung stattfinden soll.

Ein blutiger Streit. Der Brauereifuhrmann Lippe in Dortmund brachte am Sonnabend Abend für seine Brauerei Bier per Automobil nach auswärts. Spät Nachts zurückkehrend, verlangte er in einer Wirtschaft noch Getränke. Als ihm diese verweigert wurden, geriet er mit mehreren Gästen in Streit und schoß einen Fuhrmann und dessen Begleiter, einen Musketier, nieder. Bei dem Versuch, auf das Automobil zu springen und zu flüchten, entlud sich der letzte Schuß der Browningpistole und drang dem Begleiter des Fuhrmanns in die Brust. Alle drei sind tödlich verletzt.

Ein schweres Segelunglück ereignete sich am Sonntag Nachmittag in der Kieler Bucht. Ein Segelboot, in dem sich fünf Marineunteroffiziere befanden, geriet in der Nähe des Friedrichsorter Leuchtturmes auf die dort befindliche Sandbank. Da es nicht gelang, das Fahrzeug ohne weiteres wieder flott zu machen, sprang ein Mann auf den Strand, um es abzuschieben. Dies gelang ihm auch. Gleich darauf faßte aber eine heftige Boe die Segel und brachte das Boot zum Kentern. Die vier Insassen fielen über Bord und wurden von dem Segel unter Wasser gedrückt, so daß sie ertrinken mußten.

Vereitelte Hinrichtung. In Chicago sollte am Freitag ein gewisser Hermann Billik, der wegen fünffachen Mordes zum Tode durch den Strang verurteilt worden war, hingerichtet werden. Wenige Minuten, bevor das Urteil vollstreckt werden sollte, traf eine Verfügung ein, die die Exekution inhibierte. Der Prozeß wird jetzt noch einmal vor dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten aufgenommen werden. Um die Rettung Billiks vom Galgen war ein Aufsehen erregender Kampf geführt worden, bei dem sich besonders der Stiefvater des Delinquenten hervortat. Als das Todesurteil vollstreckt werden sollte, waren die Straßen in der Umgebung des Strafgefängnisses von über 30.000 wild erregten Menschen angefüllt, die die Nachricht von der Verschiebung der Exekution mit tosendem Beifallsjubel aufnahmen.

Kampf gegen die Rennwetten. Ein starkes Polizeiaufgebot von 400 Mann war am Sonnabend damit beschäftigt, auf der Rennbahn die Befolgung des neuen Gesetzes, welches die Rennwetten verbietet, zu erzwingen und zu gleicher Zeit die tumultuarischen Zusammenrottungen zu verhindern, bei welchen am Tage vorher eine ganze Anzahl von Policemen, welche Bookmakers festnehmen wollten, von der entrüsteten Menge mißhandelt wurden. Man hatte eine neue Taktik angewendet, indem die Polizei zunächst den Wettring räumte, wo trotz aller Verbote die Bookmakers und die Wettenden sich wiederum zusammenfanden, und außerdem der Vorstand des Rennvereins angezeigt, daß der Rennplatz gegebenenfalls, wenn ich der Sache wiederholen würde, geschlossen werden müßte. Vorläufig ist das einzige Ergebnis des neuen Gesetzes, daß man einer nicht mehr ansichtig, aber trotzdem mehr wie

Einen zweifachen Mord und Selbstmord verübte am Sonntag Vormittag die 25jährige Ehefrau des Maschinisten Wilhelm Schmidt, indem sie ihren beiden Kindern und darauf sich selbst den Hals mit einem Rasiermesser durchschnitt. Der Mann, der auf dem Eisen- und Stahlwerk Hösch arbeitet, kehrte nach 24stündiger Schicht nach Hause, um seiner Frau zum Geburtstag zu gratulieren. Die Frau erklärte, von so einem Menschen nähme sie keinen Glückwunsch an. Darauf entfernte sich der Mann verstimmt. Die Frau rief nunmehr das Kindermädchen mit ihren beiden anderthalb und dreijährigen Töchtern herein und schickte das Mädchen fort. Das Mädchen hörte im Fortgehen noch, wie eins der Kinder um Hilfe rief. Als der Mann nach Hause kam, fand er sämtliche Türen im Hause verschlossen. Er stieg darauf vom Hofe aus in die Wohnung ein und fand alle drei Personen entseelt am Boden liegend. Der Mann ist 27 Jahre alt.

Kleine Chronik. Auf der Neuenamenflub, einem verwitterten Felskegel in der Nähe von Bern ist Sonntags ein junger Berner Bergsteiger, Otto Küpfer, über einen steilen Felshang abgestürzt und tödlich verletzt nach der Klubhütte gebracht worden. Er hatte namentlich am Kopfe schwere Verletzungen. — Auf der Jungfraubahn sind vier italienische Arbeiter mit einer Dräsine verunglückt. Einer blieb tot, ein zweiter wurde tödlich, die beiden übrigen leichter verletzt. — Ein schwerer Unfall ereignete sich in der Münchener Akademie der bildenden Künste. Ein junger Mann der Steinbildhauerklasse namens Wagner war mit dem Meißeln eines Akts beschäftigt und suchte dabei den Stein auf die Seite zu ziehen. Der Stein aber geriet ins Rutschen und fiel dem Schüler auf den Kopf. Mit einer schweren Schädelverletzung wurde der junge Mann in die Klinik gebracht. — Auf dem Landgrafenberge bei Jena erschoß sich am Sonntag Nachmittag der Redakteur Bernhard Wittes aus München. — In der Kruppschen Fabrik in Essen stürzte eine Panzerplatte auf zwei Arbeiter. Beide wurden hoffnungslos verletzt.

Humoristisches.

Wahre Geschichtchen! In einer aristokratischen Familie war eines Abends ein katholischer Pfarrer zum Souper eingeladen. Die Dame des Hauses kam zu Tisch und zwar sehr décolletiert. Der Hausherr, etwas verlegen, bat den Pfarrer dieserhalb um Entschuldigung. Der aber antwortete lachend: „Das macht nichts, ich habe 20 Jahre unter den Kaffern gelebt!" — Zwei Frauen streiten sich über den Vorrang der Stellung ihrer Männer: „Was ist denn Ihr Mann?" ruft die eine in hellem Zorn, „ein gewöhnlicher Arbeiter. Meiner ist ganz was anderes: der ist beim Magistrat, der arbeitet

brauchen wir uns allerdings nicht zu machen, da besonders der Gräbschener Vertragskontrahent darauf nicht eingehen würde. Man wird dem Plane trotzdem zustimmen müssen, da er ja in keiner Beziehung einen Rückschritt gegen den bisherigen Zustand bringt und keine der bisherigen 10 Pfennig-Verbindungen ausschaltet. Ob sich daneben ein 15 Pfennig-Umsteigeverkehr dauernd lohnt, können die Unternehmer der beiden Linien ja ausprobieren. Die Stadt hofft bestimmt darauf, da sie mit Hilfe des Umsteigens ihre Passagiere auf den Ring und überhaupt ins Innere der Stadt zu befördern vermag und damit einen ihrer hauptsächlichsten Wünsche erfüllt sieht. Die Umsteigekarte nach Oswitz wird 20 Pf., eine Monatskarte 10 Mk. kosten.

In unmittelbarem Zusammenhange mit dieser Vorlage, die den einzelnen Passagier Wagen beider Gesellschaften benutzen läßt, steht eine zweite, die auch den Wagen der einzelnen Gesellschaft gestatten will, gewisse Gleisstrecken der anderen mitzubenutzen. Dabei handelt es sich um zwei Wege. Der eine führt von der Lohestraße, durch welche die Straßenbahn der Stadt jetzt schon teilweise fährt, nach der Gustav Freytagstraße, unter der Bahnunterführung an der Hubenstraße hindurch und die Brüderstraße entlang. Bis hierher würde die Stadt ihre eigenen, zum Teil schon fertigen, zum Teil gestern beschlossenen Anlagen benützen. Von der Ecke der Tauentzienstraße aus aber soll sie auf den zu erneuernden Schienenwegen der Gräbschener Elektrischen bis zum Mauritiusplatz fahren, um dann wieder auf eigenen Gleisen

durch die Garvestraße das Ohlauufer

zu gewinnen. Am Ohlauufer wird sich die Strecke dann in 2 Linien verzweigen. Die eine führt über die Kaiserbrücke und die Kaiserstraße nach dem Scheitniger Park, die andere [illegible] bald gebaut werden und bildet den Gegendienst an die Gräbschener Linie für die Mitbenutzung der Brüderstraßenlinie. Dafür will die Stadt nämlich eine neue Linie vom Ohlauufer durch die Breitestraße nach dem Neumarkt, endend in Strecken der Gräbschener Bahn daselbst bauen, die es den letzteren ermöglicht, den Neumarkt und den Ring ohne den Umweg über den Sonnenplatz zu gewinnen. Das wäre ein sehr erheblicher Vorteil für die Privatgesellschaft, der uns eigentlich nur unter dem Gesichtspunkte der späteren Verschmelzung der beiden Linien einigermaßen annehmbar erscheinen kann. Auch über diesen Plan, den Stadtv. Riemann mit einigen Bedenken empfahl, wird der Verkehrs-Ausschuß noch befinden.

Soweit er den Neubau der Strecke

Lohestraße—Brüderstraße

zur Voraussetzung hat, faßte die Versammlung sofort im Plenum den Beschluß, die dafür erforderlichen 120,000 Mk. zu bewilligen. Ein Antrag Gärtner auf Näherführung der Strecke an die Hauptbahnhofs-Rückseite in der Sadowastraße fand keine Mehrheit.

Dieselbe Strecke erfährt außerdem auch nach Südosten zu eine kleine, bald auszuführende Erweiterung, indem ihre Endstation von der Lohestraße nach dem Kreuzungspunkte der Bohrauer- und Steinstraße verlegt wird, damit die Anwohner dieser Gegend, zu der auch die Zobtenstraße gehört, eine Straßenbahn-Verbindung erhalten.

Gegenüber all diesen großen Erweiterungsplänen unserer Straßenbahn nimmt sich das, was ab und zu einmal zur Vorbereitung einer neuen Straßenbahn-Verbindung fürs Nikolaitor auf

der Kurzen Gasse

geschieht, etwas ärmlich und etwas sehr langsam aus. Auch gestern beantragte der Magistrat zwar wieder ein Stück der Gleisanlagen auf der Kurze Gasse zwischen Anderssen- und Posenerstraße einzubauen, fügt aber gleich hinzu, daß er die behördliche Genehmigung zum Betrieb dieser Strecke vorläufig nicht nachsuchen wolle, da er mit der Grundbesitz-Firma Pfeffer und Pringsheim wegen der versprochenen Zinsgarantie in Differenzen geraten sei. Nun scheint sich die Aussicht, eine solche Garantie zu erlangen, tatsächlich erheblich verändert zu haben, aber auch ihre Notwendigkeit nicht mehr so fraglos zu sein als früher. Dieser Umstand und das immer stärker hervortretende Bedürfnis der „Tschepine" nach einer bequemen Straßenbahnverbindung veranlaßte unsere Genossen Löbe und Schütz, folgenden Antrag einzubringen:

Der Magistrat wird ersucht, den Ausbau der Straßenbahnstrecke vom Königsplatz durch die Kurzegasse nach dem Tschepinerplatz bald vorzunehmen und die Genehmigung zum Betriebe der Strecke schon jetzt nachzusuchen.

Stadtv. Löbe begründete den Antrag unter Hinweis auf den erheblichen Ausbau, den das volkreiche Stadtviertel um die Leuthen-, Posener-, Anderssen-, Zehner- und Tschepinerstraße gefunden hat. Die Straßenbahn vom Königsplatz zur Leuthenstraße erspart den Anwohnern im hinteren Teil der Straße nicht einmal die Hälfte ihres Weges. Mit dem wachsenden Bedürfnis sind natürlich auch die Aussichten auf die Rentabilität der Strecke gestiegen, die sicher die einzige ist, die heute schon ohne jeden Zuschuß existieren könne. Was daran noch fraglich sei, ist jedenfalls auch durch den Umsteigevertrag beseitigt, er gewährt den Passagieren die Möglichkeit, ins Innere der Stadt zu fahren und auch die Gräbschener Vorstadt zu erreichen, mit der wegen der Eisenbahn zu Fuß ein Verkehr nur schwer möglich ist. Die Ausführungen unseres Genossen fanden Unterstützung bei den Statov. Wohlauer, Schimmelmann und Weide und der Antrag Löbe-Schütz fand darauf mit großer Mehrheit Annahme.

Wir zweifeln nicht, daß der Magistrat die so empfohlene Strecke nunmehr als eine der ersten in Angriff nimmt und der Nikolaivorstadt damit die längst erwünschte Straßenbahn beschert.

Stadtverordneten-Versammlung.

Aus der umfangreichen Tagesordnung der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung greifen wir folgende Gegenstände heraus. Der Druck des Gemeindeblattes wird von der Firma Graß, Barth u. Co. besorgt. Die Firma hat um eine Erhöhung der Preise um zehn Prozent gebeten. Die Stadtverordneten beschließen dementsprechend.

Die Mehrausgaben für Einführung der Grundwasserversorgung im Betrage von 1.102.188,64 Mk. vorbehaltlich des späteren Nachweises aus den für Zwecke der Grundwasserversorgung und der Erweiterung des Wasserwerks noch verfügbaren Anleihemitteln und zwar mit 1.040.000 Mk. aus der Anleihe von 1906 und mit 62.188,64 Mk. aus der Anleihe von 1900 werden bewilligt. Der Antrag des Magistrats, über den Baufonds „Grundwasser-Versorgung" nur eine einfache Geldrechnung vorzulegen, wurde an den Ausschuß V verwiesen.

Für die Verbreiterung des Fahrdammes der Garvestraße zwischen Ohlau-Ufer und Mauritiusstraße von 9 auf 11 Meter, wird der Kostenanschlag von 27.000 Mk. genehmigt.

Die Schmiedebrücke soll in ihrer ganzen Breite an Stelle des vorgesehenen Asphaltpflasters Holzbelag erhalten. Mit den hierdurch entstehenden Mehrkosten von 5600 Mk. erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Stadtverordneten nehmen weiter Kenntnis von folgender Abrechnung:

Die Gesamt-Bruttoeinnahme aus dem Fahrbetriebe der Gesellschaft Elektrischen Straßenbahn Breslau wurde in dem im Gewinn- und Verlustkonto nachgewiesenen Betrage von 1.023.688,73 Mark (gegen 996.949,03 Mk. im Jahre 1906) richtig befunden.

Sie setzt sich zusammen aus

981.035,91 Mk. Erlös für Fahrscheine,
39.617,80 Mk. Erlös für Abonnements,
1.397,50 Mk. Erlös für Sonderzüge,
1.637,52 Mk. Erlös aus dem Aushang von Plakaten.

Von der Summe von 1 023.688,73 Mk. erhält die Stadtgemeinde Breslau nach § 18 des Vertrages vom 11. April 1891 einen Anteil von 5 Prozent = 51.184,44 Mk. (gegen 49.847,45 Mk. im Jahre 1906).

Eine längere Debatte entspann sich über den vorgelegten Lageplan, zwei Gutachten und den Kostenanschlag betreffend Aufstellung von Probebrunnen zur Erlangung von besserem Trinkwasser. Die Anträge des Magistrats lauten:

1. Am Oderufer auf Pirschamer Gelände sollen fünf Probebrunnen mit den erforderlichen Leitungen eingebaut und solange abgepumpt werden, bis aus den Betriebsergebnissen ein sicheres Urteil über die Beschaffenheit und Menge des dort zu gewinnenden Grundwassers erlangt werden kann.
2. Die veranschlagten Kosten für die Herrichtung der Brunnen, Leitungen und für die Beschaffung der Betriebsmittel von 70,000 Mark und zunächst die Kosten für einen sechsmonatlichen Betrieb in Höhe von 27,000 Mark sollen aus den für die Erweiterung der Wasserwerke in der Anleihe von 1900 noch zur Verfügung stehenden Mitteln gedeckt werden.
3. Die Einzelheiten der Ausführung mögen der Betriebsdeputation überlassen werden.

Stadtv. Dr. Nitschke bemängelt das späte Einbringen der Vorlage und ersucht um Auskunft, warum die Materie noch vor den Ferien erledigt werden soll. Stadtv. Oettinger: Ein solcher Antrag müsse zu jeder Zeit mit Freuden begrüßt werden. Zur Frage selbst bemerkt der Redner, daß nur geholfen werden kann durch Wasserversorgung aus der Nähe der Oder. Der Streitpunkt zwischen der Verwaltung des Wasserwerks und den Gutachten ist der, ob man in einer Entfernung von 100 oder 30 Metern vom Oderbett die Brunnen anlegen solle. Er beantrage daher, mindestens einen Versuchsbrunnen auch hundert Meter vom Ufer anzulegen. Die Versuche, die alten Wasserverhältnisse zu sanieren, sind nach seiner Ansicht nicht energisch genug betrieben worden. Es könne bei dieser ernsten Frage auf 100,000 Mark nicht ankommen.

Oberbürgermeister Bender: Man wird gut tun, mit der Kritik so lange zurückzuhalten, bis auch die letzten Gutachten vorliegen. Bis jetzt stimmen die Gutachten der Regierungs-Sachverständigen mit denen der städtischen Verwaltung überein. Das Flügge'sche Urteil steht immer noch allein, ohne daß Herr Flügge durchschlagende Argumente für seine Meinung beigebracht habe. Man könne unmöglich heute dem und morgen einem anderen Gutachten folgen. Er sei bis jetzt immer noch für die Berliner Gutachten. Er verwahrt sich dann zum Schluß gegen den Vorwurf einzelner Lokalblätter, als beabsichtige der Magistrat, die Stadtverordneten mit dieser Vorlage zu überrumpeln. Die Sache dränge zwar, er habe aber nichts dagegen, wenn sie vorher an den Ausschuß gehe.

Stadtbaurat Wirtz: Daß die Vorlage so spät kommt, liegt lediglich an dem späten Eintreffen der Gutachten. Es müsse nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß kein neues Wasserwerk, sondern nur für neues und auch für mehr Wasser gesorgt werden soll. Jetzt werden 60,000 Kubikmeter Wasser gebraucht, in fünf Jahren aber müssen 70—75,000 Kubikmeter pro Jahr gehoben werden. — Die Anträge des Magistrats und der Antrag Oettinger werden an den Ausschuß VI verwiesen.

An Stelle des aus dem Ausschuß I ausgeschiedenen Herrn Haber wurde der Stadtverordnete Hamburger gewählt.

Als Vertreter der Stadt Breslau auf dem Städtetag in München wurden die Herren Peucker, Ratsch und Klee bestimmt. Bei dieser Wahl ereignete sich ein humoristischer Zwischenfall. Genosse Löbe beantragte, auch den vielseitigen Herrn Doktor Nitschke nach München zu schicken, um dem Herrn damit für seinen in letzter Zeit betätigten Eifer eine gewisse Anerkennung zu zollen. Der ironisch gemeinte Antrag wurde allseitig verstanden und mit lebhafter Heiterkeit aufgenommen. Zu einer Abstimmung über seinen Antrag ließ es unser Genosse nicht kommen.

Ueber die weiteren Beratungsgegenstände siehe den Bericht an anderer Stelle des Blattes.

---

* **Einen sehr verschiedenen Ausgang** nahmen, nach der „Schles. Volksztg.", zwei Prozesse wegen Beleidigung durch die Presse, die von der Staatsanwaltschaft im Interesse des Bergverwalters Buchelt aus Ruda gegen die verantwortlichen Redakteure des „Königsh. Tagebl." und des „Bresl. G.-A." anhängig gemacht wurden. Es handelte sich um einen Artikel, in dem der Vorwurf erhoben wurde, daß auf der Wolfganggrube die Sicherheit der Arbeiter aus Sparsamkeitsgründen und zugunsten einer höheren Förderleistung in den Hintergrund gestellt werde. Buchelt fühlte sich beleidigt und die Staatsanwaltschaft erhob Anklage. Der Redakteur des „Königsh. Tagebl." wurde von der Beuthener Strafkammer zu 100 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Das Urteil gründete sich in der Hauptsache auf die gutachtlichen Aeußerungen der Sachverständigen, Kgl. Bergrat Drotschmann, Kgl. Einfahrer Wichary und Berginspektor Nimptsch, die in den Zuständen auf der Wolfganggrube durchaus nichts Außergewöhnliches erblickten, sondern der Meinung waren, daß die in dem Artikel gerügten Uebelstände auf den oberschlesischen Kohlengruben etwas Alltägliches seien. Die Entlastungszeugen, die durchweg die Angaben des Artikels bestätigten, vermochten gegen die Gutachten nicht aufzukommen.

Ganz anders gestaltete sich die Verhandlung gegen den verantwortlichen Redakteur des „G.-A." in Breslau. In diesem Prozesse war an Stelle des Berginspektors Nimptsch der Fahrsteiger Fischer von der Radzionkaugrube als Sachverständiger vernommen worden und außer diesem die Schwurzeugen des Beuthener Prozesses. Die Breslauer Strafkammer erachtete den Wahrheitsbeweis des Redakteurs für im vollen Umfange erbracht und sprach ihn glatt frei. Der in Beuthen verurteilte Redakteur des „Königsh. Tagebl." gedenkt auf Grund der Feststellungen der Breslauer Strafkammer seinen Prozeß zur nochmaligen Verhandlung zu bringen. Hoffentlich hat er damit Erfolg. Im übrigen ist es ganz gut, wenn auch die bürgerlichen Redakteure von Zeit zu Zeit die famose „Einheitlichkeit" unserer Rechtsprechung am eigenen Leibe kennen lernen. Uns glauben sie es ja nicht, daß jede Gerichtsverhandlung für den Angeklagten eine Art Lotteriespiel ist.

* **„Die Taktik der Unternehmerverbände und unsere Stellung zu derselben".** Ueber dieses Thema sprach am Freitag in den Unionssälen in einer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung des Transportarbeiter-Verbandes Genosse Schulzki vom Hauptvorstand aus Berlin. Redner führte aus, daß die Arbeitgeber gelehrige Schüler der Arbeiterorganisationen geworden seien, sie hätten sich zusammengeschlossen und übten unter sich mustergiltige Solidarität aus. Ihre Vereinigungen seien zu dem ausgesprochenen Zwecke gegründet worden, die Arbeiterverbände zu ruinieren, um, wenn sie dieses Ziel erreicht haben, die Arbeiter noch abhängiger zu machen, als sie es schon jetzt sind. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen wollen die Herren selbst bestimmen, und das, was sie für gut finden, damit sollen die Arbeiter zufrieden sein. Die Taktik, die sie anwenden, um die geschmiedeten Pläne durchzuführen, bezeichne man gemeinhin unter dem Sammelnamen „Aussperrungstaktik", die ja jetzt modern geworden sei. Das Transportgewerbe war von dem Treiben noch unberührt geblieben, aber nun fängt es auch in diesem Gewerbe an zu bröckeln, es machen sich Anzeichen bemerkbar, die darauf schließen lassen, daß man hier gleichfalls zu diesem „erprobten" Mittel greifen wolle. Was hat der Transportarbeiterverband für eine Aufgabe, dem geschlossenen Unternehmertum ein Paroli zu bieten, um gegebenenfalls mit Erfolg den Kampf aufnehmen zu können? Die Beantwortung dieser Frage bietet keine Schwierigkeiten. Die Berufsgenossen haben es in ihrer Hand, wenn sie gleichfalls wie ihre Arbeitgeber eine geschlossene Phalanx bilden, gut geschult und diszipliniert sind, dann haben sie nichts zu befürchten. Der Transportarbeiter-Verband hat in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens erfreuliche Fortschritte gemacht, er ist von 3000 auf 95.000 Mitglieder angewachsen und hat schon manchen schönen Erfolg zu verzeichnen, aber noch Tausende und Abertausende von Berufskollegen stehen noch draußen, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben. Mögen sie es tun, ehe es zu spät wird, ehe das Damoklesschwert über ihren Häuptern schwebt. In sich gestärkt, wird der Verband eine Taktik einschlagen, durch die er imstande sein wird, die Vernichtungspläne zu durchkreuzen. An der eifrigen Arbeit der Kollegen wird es liegen, den Verband zu dieser Höhe zu bringen.

Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion bemerkte Zimmer, daß das, was Schulzki ausgeführt, durchaus keine Schreckgespenster seien, sondern volle Wahrheit. Zum Beweis dafür exemplifizierte er auf die Bewegung der Speditionskutscher in Görlitz, die wegen verweigerter Lohnforderungen in Streit geraten waren. Die Unternehmer sperrten die Angestellten aus. Man müsse auf alle Fälle gerüstet dastehen. Leicht werden die Kämpfe nicht werden, und nur durch eine festgefügte Organisation und solidarisches Verhalten werde es in der Folge möglich sein, Herr der Situation zu werden. In diesem Sinne sprachen sich auch Riedel und Senk aus.

* **Wie die Katholiken die „Christenheit" vermehren.** Im „Evangelischen Kirchenblatt für Schlesien" findet die „B. Z." einige Ausführungen, die für alle Mütter, die eine katholische Hebamme zuziehen, von recht erheblichem Interesse sind. Auch die Aerzteschaft dürfte wohl nicht achtlos daran vorübergehen. Es heißt dort:

„Ein jeder Stand hat seine Plagen", so denkt mit Recht die katholische Kirche, und um dem Stande die Plagen zu erleichtern, gibt sie Hilfsbücher mit nützlichen Anleitungen heraus. Ein solches Hilfsbuch ist auch der „Unterricht über die Spendung der Nottaufe und über die Standespflichten der Hebammen". Von einem Priester der Erzdiözese Freiburg. Mit Approbation des hochw. Herrn Erzbischofs von Freiburg. 5. Auflage. Freiburg i. B. 1906. Herdersche Verlags-Buchhandlung.

Wir können das Studium dieses Büchleins jedem empfehlen; empfängt er doch daraus den besten Eindruck von der noch heute geltenden scholastischen Kasuistik, die in der katholischen Kirche herrscht. Dort wird auch in Fr. 27, S. 9 den Hebammen aufgetragen, „ein Kind andersgläubiger oder ungläubiger Eltern in der äußersten Not auch ohne Zustimmung der Eltern zu taufen. Denn das Recht des sterbenden Kindes auf den Himmel geht vor dem Bestimmungsrecht der Eltern über ihre Kinder." Um das sicher ausführen zu können, wird Fr. 14, S. 5 den Hebammen der Rat gegeben, um das Kind zu taufen, ohne daß die Anwesenden es merken", so „bade es die Hebamme womöglich und spreche still die Tauffformel. Geht auch das nicht, so spende sie die Taufe durch unauffälliges Waschen des Hauptes mit der stark benetzten Hand."

Sind diese Lehren keine Neuigkeit mehr, so dürfte für viele etwas völlig Neues Fr. 34, S. 11 und 12, bieten, die über das Verhalten der Hebammen bei Frühgeburten folgendes erklärt: „Jede Leibesfrucht, wenn sie auch noch so unreif und erst einige Tage alt sein sollte, ist wenigstens wahrscheinlich als ein menschliches Wesen anzusehen, mit einem noch unentwickelten menschlichen Leibe, aber einer unsterblichen menschlichen Seele." Fr. 35 und 36 ordnen dann an, daß solche Frühgeburten mit der Formel zu taufen sind: „Wenn Du fähig bist, so taufe ich Dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes."

Alle diese Fragen und Antworten, deren Kuriosität wir noch beliebig vermehren könnten, haben aber für uns schließlich nur geschichtliches Interesse. Wirklich praktische und tief einschneidende Bedeutung hat aber Fr. 44, S. 15: „Was hat bei schweren Geburten zu geschehen, wenn man fürchten muß, das Kind werde nicht mehr lebend zur Welt kommen? Antwort.: Wenn man bei schweren Geburten fürchten muß, das Kind werde nicht mehr lebend zur Welt kommen, so sind drei Fälle möglich: 1. Es kommt noch kein Glied zum Vorschein. In diesem Falle muß man versuchen, das Kind im Mutterleibe vermittelst eines geeigneten Instruments (Spritze) mit (kurz vorher abgekochtem) Wasser womöglich am Haupte zu erreichen und es bedingungsweise mit der Formel zu taufen: „Wenn Du fähig bist, so taufe ich Dich im Namen des Vaters und des Sohnes und des heiligen Geistes."

Damit ist der Hebamme eine Vorschrift für ihr Verhalten während der Entbindung gegeben, die, soweit unsere Kenntnis reicht, jeder ärztlichen Wissenschaft schnurstracks zuwiderläuft. Nach ärztlicher und gesetzlicher Anordnung ist den Hebammen jeder Eingriff während der Entbindung untersagt. Wie stellt sich nun eine Hebamme, der durch die Kirche eine andere Vorschrift gegeben wird? Die Sache hat auch für uns Evangelische ein [illegible]endes Interesse, da ja auch katholische Hebammen bei evangelischen Wöchnerinnen amtieren. Dieses Büchlein mit seiner Vorschrift bedroht somit das Leben auch der evangelischen Mütter."

Soweit wir unterrichtet sind, bemerkt die „V. Z." dazu, erhält das Büchlein, das im Buchhandel zu haben ist, noch besondere Bedeutung dadurch, daß es in den schlesischen Provinzial-Hebammen-Lehranstalten, die von der Provinz, also auch von den Evangelischen unterhalten werden, von den dort amtierenden katholischen Geistlichen den Hebammenschülerinnen kostenlos und mit Empfehlung in die Hand gegeben wird. Wir fragen daher, ob den Aufsichtsbehörden diese Vorkommnisse bekannt sind und welche Schritte sie getan haben, um in öffentlichen, unter staatlicher Aufsicht stehenden Anstalten solche gefährliche Bücher nicht mehr zur Verteilung kommen zu lassen.

Wir fügen hinzu: Das beste Mittel gegen diesen Unfug allzu fanatischer — die vernünftigen machen es ja sowieso nicht — Hebammen ist auch hier die Selbsthilfe: Die Angehörigen der Schwangern brauchen ja nur darauf zu achten, daß die Hebamme zu derartigem gemeingefährlichen Firlefanz keine Gelegenheit bekommt. Dem aufgeklärten Teil der Bevölkerung ist es nämlich sehr schnuppe, ob eine Frühgeburt oder das, was schließlich ans Licht kommt, getauft wird oder nicht.

Den meisten Schaden von dieser Enthüllung werden wohl die — katholischen Hebammen selbst haben, denn aufgeklärte Kreise werden vielfach auf ihre Hilfe verzichten. Sie täten deshalb gut daran, sich auch ihrerseits gegen den überschnappten Fanatismus einiger Frömmler zur Wehr zu setzen.

* **Als unverschämter Patron** zeigte sich der Vizefeldwebel Tiebe vom Infanterie-Regiment 51 in Breslau. Als er eines Abends den Musketier Gulba vor der Tür traf, versetzte er ihm ohne allen Grund, rein aus frechem Uebermut vier Ohrfeigen und einige Rippenstöße. Zu dieser „Tapferkeit" gegen einen Wehrlosen, der noch dazu als Untergebener still halten mußte, gesellte sich alsogleich die bei Rowdys übliche Feigheit: Er bearbeitete den Gefreiten Masur, der von seiner Tat wußte, mit Drohungen, damit er nichts aussage gegen ihn! Kriegsgerichtsrat Esche als Anklagevertreter beantragte unter Annahme eines „minderschweren" Falles die recht erheblich milde Strafe von vierzehn Tagen gelinden Arrest. Das Kriegsgericht erkannte jedoch in Anbetracht der ganz besonders frivolen Roheit des „Mustervorgesetzten" auf — drei Wochen. Mit ganzen drei Wochen Erholungsarrest ist also nach Ansicht des Kriegsgerichts die Bestialität des Herrn Vorgesetzten gesühnt! Militär-Justiz!

* **Unstimmigkeiten in der Direktion des Schauspielhauses.** Direktor Rieter, der seinerzeit die Meldung von dem Ausscheiden seines Mitdirektors Eger dementierte, hat damals die Unwahrheit gesagt. Sein Verhältnis zu Eger hat sich nämlich inzwischen zu einem regelrechten Prozeß ausgewachsen, den die beiden Direktoren jetzt vor der III. Zivilkammer untereinander ausfechten. Die Mitteilung der „Morgenzeitung" war also nicht „grundloser Klatsch", wie wir ihr jetzt gern attestieren wollen. Ueber den Prozeß selbst entnehmen wir der „Breslauer Morgen-Zeitung" folgendes:

Vor der III. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts klagt Direktor Rieter gegen Direktor Eger auf Anerkennung, daß dieser einem Dritten gegenüber erklärt habe, in die Auflösung des zwischen beiden bestehenden Sozietätsverhältnisses gewilligt zu haben, und daß damit dieses Gesellschaftsverhältnis bezüglich der Pacht des Breslauer Schauspielhauses durch beiderseitige Zustimmung gelöst sei. Direktor Rieter ist mit Leutnant Schmeidler Eigentümer des genannten Theaters, gleichzeitig aber auch dessen Pächter zusammen mit Direktor Eger. Ein schriftlicher Vertrag ist zwischen beiden nicht abgeschlossen worden. Im März äußerte Eger die Absicht, aus dem Pachtverhältnis auszuscheiden. Darauf beauftragte Rieter einen Dritten, mit Eger über die Auflösung des Gesellschaftsverhältnisses zu verhandeln. Dabei erklärte Eger, daß er bereit sei, auszuscheiden und Direktor Rieter allein die Pacht zu überlassen. In diesem Sinne war von dem Beauftragten die Erklärung aufgefaßt und Direktor Rieter berichtet worden. Später bestritt Direktor Eger, eine solche Erklärung abgegeben zu haben und erklärte ausdrücklich, daß er nicht zurücktrete. Daher beschritt Direktor Rieter den Klageweg. Der Beklagte ließ durch seinen Vertreter vor Gericht geltend machen, daß in dem Pachtvertrage eine Auflösung des Gesellschaftsvertrages nur für den Fall vorgesehen sei, daß der Kläger die Leitung eines Hoftheaters übernähme. Außerdem sei die Auflösung von der Bedingung abhängig gemacht, daß Leutnant Schmeidler seine Zustimmung dazu gebe und daß der im Pachtverhältnis bleibende Kläger diesem gegenüber alle Verpflichtungen übernehme. Der Vertreter des Klägers führte aus, daß es sich lediglich um die Auflösung des Sozietätsverhältnisses handle. Dazu aber sei der übereinstimmende Wille beider Sozien ausreichend. Dieser aber sei in der Verhandlung mit dem Unterhändler festgestellt worden. Daß der Kläger mit einem Dementi des bevorstehenden Ausscheidens des Beklagten aus dem Gesellschaftsverhältnis vorgegangen, sei geschehen, um das Theater nicht zu schädigen.

Das Gericht faßte einen Beweisbeschluß. Es soll Beweis darüber erhoben werden, daß Leutnant Schmeidler mit der Auflösung des Sozietätsvertrages zwischen den beiden Direktoren einverstanden ist, und daß Direktor Rieter sich zur Uebernahme aller Pachtverpflichtungen dem Miteigentümer des Theaters gegenüber sich bereit erklärt hat. Ferner soll über die Verhandlungen des Unterhändlers des Klägers mit dem Beklagten Zeugenvernehmung stattfinden. Die Verhandlung wurde zu diesem Zwecke vertagt.

* **Einen Wettbewerb für photographische Ansichten von Breslau** schreibt der Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs in Breslau für Amateure und Berufsphotographen aus. Die Bilder sollen Plätze, Straßen, öffentliche Gebäude (Kirchen und deren Interieurs), Denkmäler, Promenadenanlagen, mit Blumen geschmückte Häuser, Höfe, Villen, malerische Punkte rc. darstellen, um in ihrer Gesamtheit ein möglichst vollständiges und interessantes Bild von Breslau für die nächsten Auflagen des Führers durch Breslau und andere Vereinspublikationen zu bieten.

Die Aufnahmen sollen künstlerisch wirken und sich zur Reproduktion eignen. Sie müssen in den Jahren 1907 und 1908 entstanden und dürfen noch nicht veröffentlicht sein. Nur Serien von mindestens fünf Bildern erhalten Preise. Es werden vier Preise verteilt und zwar: Ein erster Preis von 100 Mk., ein zweiter Preis von 60 Mk., ein dritter Preis von 50 Mk., ein vierter Preis von 40 Mk. Einsendungen sind bis zum 15. September 1908 an Kunsthändler Arthur Lichtenberg, Breslau V, Museum der bildenden Künste zu richten. Die Blätter werden vom 30. September an öffentlich ausgestellt.

* **Die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter** werden zu einer interessanten Versammlung eingeladen, die Mittwoch im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindet und Stellung nehmen soll zu den lokalistischen und anarcho-sozialistischen Strömungen innerhalb der durch den „Schiedsspruch" unzufrieden gewordenen Bauarbeiter. Das Referat hat Genosse Verbandssekretär Theodor Müller übernommen. Eingeladen und willkommen sind auch Zuhörer aus anderen Berufskreisen.

* **Achtung, Tapezierer.** Donnerstag Abend findet im

* **Die Maurer** werden auf die heute, Dienstag Abend, im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindende Mitgliederversammlung auch an dieser Stelle besonders aufmerksam gemacht.

* **Gewerkschaftsvorstände und Delegierte im Bauberufe.** Am Donnerstag, den 18. Juni, Abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshause eine Sitzung der Bauarbeiterschutzkommission statt, zu welcher die städtische Baupolizeiverwaltung eingeladen ist (resp. deren Beamte und Kontrolleure). Wir ersuchen dringend, daß die Verwaltungs-Beamten und Delegierten erscheinen. Des ferneren laden wir alle diejenigen ein, welche ein Interesse an einem geregelten Bauarbeiterschutz haben.

Die Verwaltung.

* **Nicht mehr würdig!** Der Unteroffizier der Reserve Georg Pietruski vom Bezirkskommando Breslau stand vor dem Kriegsgericht, das zu entscheiden hatte, ob er degradiert werden sollte. Er ist in seinem Zivilberuf vom Schwurgericht Breslau wegen schwerer Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Kriegsgericht erkannte auf Degradation.

† **Gefunden** wurden mehrere Portemonnaies mit Inhalt, eine silberne Herrenremontoiruhr mit Kette und Kapsel, ein goldener Trauring mit Inschrift, eine Brosche in Schleifenform mit Anhänger, eine Korallenkette, ein grünes Handtäschchen mit Inhalt, ein Paketchen, Manschetten und Legitimationspapiere enthaltend, eine rotgestreifte Handtasche, ein Herrenleibgürtel, ein schwarzer Spazierstock mit Silbergriff, das Vorderteil eines vierrädrigen Handwagens, eine Freifahrtskarte der Preußisch-Hessischen Staatseisenbahn für 1908, ein photographischer Apparat, ein Portemonnaie mit Inhalt und eine Stahlbrille.

† **Verloren:** ein schwarzer Sommerpaletot, ein Damenspitzenkragen, eine goldene Damenuhr, ein Brillantring mit zwei Rubinen und einem Anhänger, ein Metallgold-Collier mit goldenem Medaillon, ein Bibliotheksbuch, ein Leinwandetui mit Legitimationspapieren, ein goldener Trauring, mehrere Portemonnaies mit Inhalt und verschiedene Legitimationspapiere.

† **Ertrunken** ist am Sonntag ein Bauarbeiter, der in der Nähe der Hundsfelderbrücke verbotener Weise badete.

† **Fledderer.** Einem Stellenvermittler, der auf der Promenade zwischen Graupenstraße und Königsplatz eingeschlafen war, ist eine Damenremontoiruhr nebst Uhrkette entwendet worden.

† **Einbrüche.** In die Wohnung eines Oberzollsekretärs auf der Fürstenstraße ist in der Zeit, wo er auf Urlaub war, eingebrochen worden. Der Dieb hat aus der mit dem Nachschlüssel geöffneten Wohnung die in einer Glasschale befindlichen Schmucksachen gestohlen: eine goldene Damenuhr mit Brillanten und dazu gehörige goldene Umhängekette, ein goldenes Kollier und Anhänger mit Perlen besetzt und ein goldenes Armband mit Opalen, zusammen im Werte von 240 Mk. — Auf der Hohenzollernstraße sind in der Nacht zum 13. d. M. im Grundstück Nr. 13 eine Menge von Bodenkammern gewaltsam geöffnet worden; der Dieb hat aber nichts gefunden, was des Stehlens wert gewesen wäre.

Aus Schlesien und Posen.

Agitationsbezirk Görlitz.

Sonntag, den 28. Juni, Vormittags 11 Uhr, findet in Görlitz im „Goldenen Löwen", Nikolaigraben 14, die diesjährige

Bezirkskonferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und des Sekretärs.
2. Bericht der Delegierten.
3. Agitation und Organisation.
4. Kalenderfrage.
5. Anträge und Verschiedenes.

Die Organisationen werden gebeten, hierzu Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen. Die Kreise haben das Recht, bis drei Delegierte zu entsenden. Die Delegationskosten trägt jeder Kreis selbst.

Die Agitationskommission.

Hirsch-Dunckersche „Bildungs"bestrebungen.

Die „Bäcker- und Konditoren-Zeitung" schreibt: Der Ortsgewerkverein der Konditoren, Pfefferküchler usw. in Liegnitz veranstaltete am 5. März in seinem Vereinslokale Gasthof zum weißen Hirsch einen Lumpenabend, zu welchem die Kollegen alle im Lumpenkostüm erschienen. Es waren drei Preise ausgesetzt; den ersten Preis als größter Lump erhielt Kollege Fichte, den zweiten Kollege Reinelt, den dritten Kollege Blümel. Es gab ein gemeinschaftliches Abendbrot, welches aus Butterbrot und Käse bestand und wozu ein echter schlesischer Korn getrunken wurde. Der Vorsitzende des Vereins, Kollege Brückner, machte den Lumpen bekannt, daß sie etwas länger ausbleiben könnten als sonst, was auch befolgt wurde. Fräulein Weinert hatte ein Festlied zu dem Lumpenabend selbst gedichtet, welches von den Lumpen sehr stimmungsvoll gesungen wurde. Zum Schluß ließ sich die ganze Lumpengesellschaft photographieren. Dann trollten die Lumpen alle wieder in ihre Herberge mit dem Bewußtsein, wieder einen fidelen Abend in ihrem Verein verlebt zu haben. J. A.: Gustav Blümel, Schriftführer.

Selbsterkenntnis ist bekanntlich der erste Weg zur Besserung. Trotz der Selbstbezeichnung Lumpen ist keinem freiorganisierten Gewerkschaftler zu raten, die Bezeichnung auf die Hirsche einmal anzuwenden, denn bei der bekannten Klagewut der Hirsche würde er unzweifelhaft vor den Kadi geschleppt.

Brieg, 16. Juni. **Ein schweres Sittlichkeitsverbrechen** ist gestern Nachmittag gegen 6 Uhr an der zehnjährigen Tochter des Müllers Heider aus der Aepfelstraße verübt worden. Die kleine Elsa H. war zum Kornblumenpflücken die Breslauer Chaussee entlang ins freie Feld gegangen. Zwischen Brieg und Tivoli, und zwar auf Rathauer Gebiet, etwa 250 Meter von der Chaussee entfernt, wurde sie von einem nach ihrer Beschreibung etwa 40jährigen Manne mittlerer Größe, mit dunklem Vollbart, dunklem Anzug und schwarzem, weichem Filzhut, überfallen und zur Erde geworfen. Das unglückliche Mädchen hatte den Unhold anfänglich für einen Blumensucher gehalten und war daher nicht geflohen. Der Unmensch umschnürte ihren Hals mit einem ziemlich starken Bindfaden, trat ihr auch noch auf den Kopf, zog dann sein Taschenmesser und versetzte dem sich heftig wehrenden Mädchen einen Schnitt und mehrere Stiche in den Hals, worauf es die Besinnung verlor. Als es wieder aus seiner Ohnmacht erwacht war, kroch es blutüberströmt nach dem Feldrain. Dort fand es der Korbmacher Perzel, der sich seiner annahm. Auf dem Wagen des Baurats Weißstein, der gerade vorüberfuhr, wurde das bedauernswerte Kind in die elterliche Wohnung überführt. Der Korbmacher Perzel sah einen Mann, vermutlich den Täter, in der Richtung nach Rathau-Briesen eilig davonlaufen. Die sofort aufgenommene polizeiliche Verfolgung blieb resultatlos, da es inzwischen dunkel geworden war. Am Tatorte wurde ein weißes, rotgeränderte Taschentuch, gezeichnet R. B., das vermutlich dem Täter gehört, gefunden. Hoffentlich gelingt es, den Täter recht bald zu verhaften. Das Verbrechen erregt hier große Aufregung.

Wie uns soeben noch mitgeteilt wird, ist das bedauernswerte

Brieg, 16. Juni. **Die gescheiterte Existenz.** Aus dem Leben freiwillig geschieden ist gestern Abend der Tischler Rolitte, indem er sich in seiner Wohnung erhängte. Der Grund soll Arbeitslosigkeit gewesen sein.

Brieg, 12. Juni. **Quittung.** Zur Landtagswahl sind eingegangen: Auf Parteimarken bei der Versammlung 2,10 Mark, Liste 61 11,80 Mk., Liste 64 5,20 Mk., Liste 66 3,70 Mk., Liste 141 8,15 Mk., Liste 65 2,15 Mk., Liste 67 13,20 Mk., Liste 143 1,60 Mk., Liste 147 6,80 Mk., Liste 68 4,30 Mk., Liste 70 6,80 Mk., Liste 144 1,80 Mk., Liste 145 6,00 Mk., Liste 63 2,50 Mk. Durch Kretschmer 2 Mk. Summa: 76,50 Mk. Um recht baldige Ablieferung der noch ausstehenden Listen und Marken wird ersucht.

Schweidnitz, 15. Juni. **Es bleibt in der Verwandtschaft.** Eine arge Schlägerei unter Verwandten entstand gestern Abend in einem Hause an der Nonnenstraße. Mit Tellern und Bierflaschen wurde zugeschlagen, bis das Blut in Menge floß. So verletzte ein Bursche seine eigene Mutter in schwerer Weise. Die Polizei hatte Mühe, den Tumult zu zerstreuen. Die Verletzten wurden dem Krankenhause zugeführt.

Zobten, 15. Juni. **In den Flammen umgekommen.** Im benachbarten Wilschkowitz wurde am Sonnabend Vormittag auf dem Käsischen Gute ein Schweinestall durch Feuer, welches spielende Schulkinder verursacht hatten, vollständig vernichtet. Als man zur Löschung des Feuers herbeieilte, fand man das fünfjährige Söhnchen des Besitzers vollständig mit Brandwunden bedeckt bewußtlos vor dem Stall liegend auf. Das arme Kind wurde bald durch den Tod von seinen Qualen erlöst.

dt. **Liegnitz,** 15. Juni. **Selbstmord.** In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr ließ sich das 19jährige Dienstmädchen Marta Fache aus Malitsch, Kreis Jauer, von dem nach Berlin fahrenden Schnellzuge am Boberauer Bahnübergang überfahren. Der Tod trat sofort ein. Das Motiv zum Selbstmord soll Liebeskummer sein.

Liegnitz, 14. Juni. **Keine Verhaftung des Amtsvorstehers von Waldau.** Das „Liegnitzer Tageblatt" dementiert die durch die gesamte Presse laufende und auch von uns gebrachte Meldung, daß Amtsvorsteher Schubert in Waldau wegen eines Sittendeliktes an Pfingsten verhaftet und nach Liegnitz ins Untersuchungsgefängnis überführt worden sei. Diese Nachricht ist, so schreibt das Blatt, in allen ihren Punkten unrichtig. Weder ist Sch. verhaftet, noch nach hier überführt worden. Er befindet sich, wie man uns mitteilt, im Riesengebirge. Bei der hiesigen Staatsanwaltschaft ist gegen ihn eine anonyme Anzeige eingegangen; ein Haftbefehl ist indessen nicht erlassen worden.

Mauer, 15. Juni. Einen groben Exzeß verübten am Sonntag Abend kroatische Talsperrenarbeiter in der Kantine. Sie bekamen unter einander Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Die hier stationierten Gendarmen schritten ein, wurden aber nun von allen kroatischen Arbeitern angegriffen, sodaß die Beamten blank zogen und von ihrer Waffe Gebrauch machten. Ein Beamter erhielt einen Schlag mit einem Bierseidel auf den Kopf, von den Kroaten erhielten verschiedene Verletzungen durch Säbelhiebe. Dem Haupträdelsführer wurde die Hand durchstochen. Am Montag wurden vier Rädelsführer durch drei Gendarmen in das Hirschberger Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Neurode, 15. Juni. **In den Schacht gestürzt.** Auf entsetzliche Weise den Tod gefunden hat auf der hiesigen Wenzeslaus-Grube der Bergmann Gersch aus Eule. Er stürzte infolge eines Versehens in den Senkschacht und blieb zerschmettert am Grunde liegen.

Reichenbach, 15. Juni. **Feuer.** Ein großes Schadenfeuer wütete in der letzten Nacht in der Kolonie Straßenhäuser bei Lauterbach. Der Brand entstand auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise in der Battke'schen Besitzung. Nur mit Mühe konnten die Bewohner ihr Leben retten. Scheuer und Stallung, sowie ein großes Holzlager gingen in Flammen auf. Den Feuerwehren gelang es, eine Vernichtung des Wohngebäudes zu verhüten. Sämtliches Geflügel verbrannte.

Glatz, 16. Juni. **Tödlicher Unfall.** Vor einigen Tagen wurde der Glasmaler Urbaschek von einem Radfahrer auf der Schwedeldorferstraße überfahren. U. erhielt schwere Verletzungen, besonders am Kopfe und ist diesen jetzt erlegen.

Landsberg a. W., 15. Juni. **Beim Retten ertrunken.** Beim Baden ertranken in der Warthe außerhalb der Stadt zwei Schulkinder und ein Schiffer, der die Kinder retten wollte.

Neusalz a. O., 15. Juni. **Folgen des Uebermutes.** Durch seinen Wagemut hat gestern Nachmittag der zehnjährige Schüler Hering sein Leben eingebüßt. Er befand sich mit einigen Schulkameraden in einem Fischerkahn auf der Oder. Als er den Kahn in schaukelnde Bewegung setzte, fiel er ins Wasser und ertrank, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte.

— **Plötzlicher Tod.** Vom Tode plötzlich ereilt wurde hierselbst ein Kaufmann aus Grünberg. In den Nachmittagsstunden die Berliner Straße passierend, wurde er vom Herzschlag betroffen.

Glogau, 16. Juni. **Nicht verhaftet.** Die Nachricht von der Verhaftung des Bruders des in Konkurs geratenen Juweliers Rothe bestätigt sich, wie der „Niederschl. Anz." zu berichtigen weiß, nicht. Zu dem Konkurse seines Bruders steht er nur insofern in Beziehung, als er eine recht beträchtliche Summe als Konkursforderung angemeldet hat.

Frankenstein, 15. Juni. **Ein gefährliches „Obst."** In Haunold hatte ein Kind eine von den künstlichen Kirschen gegessen, welche von einem anderen Kinde als Hutschmuck getragen wurden. In der darauf folgenden Nacht starb das unglückliche Kind unter Anzeichen von Vergiftung.

Freiwaldau, 15. Juni. **Selbstmord durch Dynamit.** Kürzlich wurden im Gräfenberger Walde die Leichenreste des als Hausmeister im Ziffertschen Sanatorium bedienstet gewesenen Franke, welcher seit etwa zwei Monaten von dort fort ist, gefunden. Fleischfetzen hingen an den Bäumen. Der Mann hat mit Dynamit Selbstmord verübt.

Kattowitz, 15. Juni. **Der Amtsanwalt als „Schwerverbrecher".** Dem Amtsanwalt des Städtchens Nikolai ist in einer der letzten Nächte hierselbst ein unangenehmes Mißgeschick widerfahren. Einem übereifrigen Diener der Hermandad, die infolge der zahlreichen Einbrüche ganz besonders auf dem Platze ist, war er aufgefallen, weil er in früher Morgenstunde in den Straßen unserer Stadt Umschau hielt. Der Beamte verfolgte den Fremden bis zum Hotel, wo er ihn sicher zu haben schien. Auf dem Zimmer erklärte der Beamte den Verdächtigen für verhaftet. Alle Beteuerungen der Unschuld halfen nichts, der „Verbrecher" mußte mit zur Wache. Auf der Wache mußte man sich schließlich damit abfinden, daß der Verdächtige tatsächlich der Amtsanwalt Sch. aus Nikolai war, für den die Erholungsreise nach Kattowitz solch einen üblen Beigeschmack hatte.

Breslauer Marktbericht.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, 15. Juni 1908. Pro 100 Kilogramm

	gute höchste	gute niedr.	mittlere höchste	mittlere niedr.	gering. Sorte höchste	gering. Sorte niedr.
Weizen, weißer	21,60	21,—	20,90	20,—	19,90	18,50
Weizen, gelber	21,50	20,90	20,80	19,90	19,80	18,40
Roggen	18,50	17,90	17,80	17,40	17,80	16,40
Braugerste	17,—	16,50	16,40	15,50	—,—	—,—
Gerste	15,—	14,60	14,70	14,40	14,30	14,—
Hafer	15,50	15,—	14,90	14,40	14,30	13,50
Viktoria-Erbsen	24,—	23,—	22,—	21,—	20,—	19,—
Erbsen	20,50	20,—	18,80	17,80	17,—	16,50

Heu pro 50 Kilogr. 4,00 bis 4,30 Mk.
Stroh pro Schock 37,— bis 39,— Mk.

Breslauer Viehmarkt. Mehl, matt, pro 100 Kilogr. inkl. Sack Brutto Weizenmehl 00, matt, 29,25 bis 29,75 Mk. Roggenmehl 00, matt, 27,25 bis 27,75 Mk. Roggen-Hausbacken, matt, 26,75 bis 27,25 Mk. Roggen-Futtermehl, ruhig, 12,00 bis 12,50 Mk. Weizenkleie, [illegible]